



## Auf ein Wort

### Bildung ist MehrWert!

Das war das Motto des Gewerkschaftstages der GEW, April 2007, in Bochum. Dieses Motto richtet sich an unsere ganze Gesellschaft, besonders an die Politiker.

Bildungsbewusster müssen wir sein. Bildung ist unsere Zukunftsressource. Bildung ist der **MehrWert**.

Seit den Ergebnissen der ersten PISA-Untersuchungen ist Bildung durchaus ein Diskussionsthema für Journalisten und Politiker. Dass hier etwas getan werden muss, ist allen klar. Die Frage stellt sich jedoch: **Was muss getan werden?**

Auch hier gibt der Gewerkschaftstag eine Antwort. Wir brauchen eine Schulreformdebatte. Wir müssen das differenzierte Schulsystem durch ein integriertes Schulsystem ablösen. So wie es fast überall auf der Welt üblich ist.

Diesem Thema wird sich auch die GEW in Gelsenkirchen stellen müssen, wenn es in diesem und im nächsten Jahr darum geht, einen Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufe I aufzustellen.

Es wird jedoch nicht gelingen, dass man Bildung zwar öffentlichkeitswirksam als Partei auf seine Fahne schreibt, aber glaubt, dieses mehr oder weniger zum Nulltarif bekommen zu können, indem man den Lehrerinnen und Lehrern die Arbeit verlängert und verdichtet und pressewirksam Aktionen startet, die nicht durchdacht und daher auch nicht hilfreich sind.

**Delfin** lässt grüßen.

Nein „**Bildung ist MehrWert**“, aber wir, die Lehrerinnen und Lehrer in dieser Republik in diesem Lande, **wir schaffen den MehrWert**.

**Wir haben mehr verdient!**

Und unsere Arbeit ist mehr wert. Deshalb fordern wir als Gewerkschaft die Übertragung der Tarifiergebnisse auch auf die Beamtenschaft, sowie die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung.

Schluss mit der unerträglichen Arbeitsverdichtung!

Und auch das hat der Gewerkschaftstag deutlich gemacht: Die Verschlechterungen im Mitbestimmungsbereich durch die Schwarz-Gelbe Regierungskoalition werden wir Lehrerinnen und Lehrer nicht akzeptieren.

So nicht, Herr Rüttgers. Legen Sie Ihren **Wolf an die Kette**.

Karl-Heinz Mrosek



Serap Cileli

**Donnerstag, 30.08.2007**

**Buchhandlung Junius**

### Vortrag:

Muslimische Frauen und Mädchen im Zwiespalt zwischen häuslicher Tradition und moderner westlicher Welt.

Kulturelle, traditionelle und religiöse Hintergründe,

Gewalt gegen Frauen,

Zwangsheirat und Ehrenmorde.

Mr.

## Inhalt

	Seite
Auf ein Wort.....	2
Hinweis auf Vortrag über das Leben muslimischer Frauen und Mädchen .....	2
Aufstehen für die Mitbestimmung.....	3
Betriebliche Mitbestimmung in Deutschland .....	4
Eine Schule für Alle .....	5
Neukonzeption des Muttersprachlichen Unterrichts .....	5
Deutsch-Nachhilfe fürs miniSterium .....	6
- Kommentar dazu von Christa Cloppenburg, WDR .....	8
Schule = Unterricht + viel mehr .....	8
Das Kreuz mit der Vergangenheit .....	10
Ballade vom toten Matrosen Walter Gröger ...	11
Buchbesprechung: - Feindbild Christentum im Islam .....	12
Lernziel Einsicht .....	13
Die Warnung vor Elektrosmog .....	14
Kampf der Kinderarmut .....	15
Kinderarmut: „Es gibt keine einfachen Lösungen“ .....	16
Impressum .....	16
Leserbriefe:	
• Anstellungskriterien für das Personal im offenen Ganzttag .....	17
• Klassenfahrten - Reisekostenerstattung .....	17
Identifikationsnummer fürs Finanzamt .....	18
Wenn das Schulamt nach 6-wöchiger Erkrankung zum Gespräch einlädt .....	19
Der neue Basistarif in der privaten Krankenversicherung .....	21
Unsere Geschäftsstelle .....	21
Rezepte .....	22
Gelsenkirchener Stadtgeschichte .....	22
Besuch der neuen Synagoge in Gelsenkirchen .....	23
Othello auf dem Thespiskarren .....	24
Einladung zu einem Theaterabend .....	24



## Aufstehen für die Mitbestimmung –

### Aufstehen für Demokratie!

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

die NRW-Landesregierung will die Mitbestimmungsrechte im Öffentlichen Dienst schleifen, das heißt: Entscheidende Veränderungen am Arbeitsplatz finden künftig ohne den Personalrat statt.

Künftig wird allein der Arbeitgeber bestimmen, wo und wie wir arbeiten sollen.

### Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren!

Wer eine leistungsstarke und funktionierende Verwaltung im Öffentlichen Dienst, bei Polizei und Schulen will, braucht mehr und nicht weniger Mitbestimmung der Personalräte.

Die Landesregierung will beschleunigt und massenhaft Stellen abbauen, Personalräte, die auf Deine Schutzrechte achten, scheinen die Regierung dabei zu stören.

### Deshalb demonstrieren wir für den Erhalt der Mitbestimmung.

Wir müssen unsere demokratischen Rechte verteidigen.

Am 8. August 2007 findet die Anhörung zum Landespersonalvertretungsgesetz statt.

**Wir protestieren gemeinsam  
am 8. August 2007 ab 11.00 Uhr  
in Düsseldorf!**

Nähere Informationen werden bekannt gegeben unter

[www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)

# Betriebliche Mitbestimmung in Deutschland

## - ein geschichtlicher Rückblick

Angesichts der Tatsache, dass die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst durch die nordrhein-westfälische Landesregierung stark zurückgestutzt wird, ist es angebracht zurückzuschauen und nachzublättern, wie betriebliche Mitbestimmung in Deutschland entstanden ist.

Man stellt fest, dass es im vergangenen Jahrhundert zwei Impulse gegeben hat, mit denen Mitbestimmung propagiert und installiert worden ist.

### Erster Impuls 1918

Schon während des Ersten Weltkrieges waren **Arbeitgeber** an die Gewerkschaften herangetreten und hatten Verhandlungen über Mitbestimmung im Betrieb angeboten.

Aus diesen Gesprächen resultierten sehr kurzfristig der Acht-Stunden-Tag und das Koalitionsrecht. Die Impulse zur Mitbestimmung, die hier bereits verhandelt wurden, wurden dann am 04.02.1920 durch die Nationalversammlung der Weimarer Republik unter dem Kanzler Gustav Bauer (SPD) als **Betriebsrätegesetz** verabschiedet. Hintergrund für die Bereitschaft der Arbeitgeber Mitbestimmung anzubieten, war die Angst, dass sich im Nachkriegsdeutschland ähnliches ereignen könnte wie in Russland.

Man wollte auch eine politische Entwicklung zur Räterepublik durch Mitbestimmungsregelungen unterlaufen.

Als die Nationalversammlung am 04.02.1920 das Betriebsrätegesetz beschloss, demonstrierten hiergegen die Mitglieder der USPD.

Dieses Gesetz wurde bereits 1934 durch das „**Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit**“ durch die Nationalsozialisten ersetzt. Ziel dieses Gesetzes war es, die Arbeit auch im Betrieb nach dem Führerprinzip zu organisieren.

### Zweiter Impuls 1945

Unmittelbar nach dem Kriege waren es wieder die Arbeitgeber, und zwar die Arbeitgeber der Montanindustrie (Kohle und Stahl), die das Gespräch mit den Gewerkschaften suchten und Mitbestimmungsregelungen anboten. Motiv für diese Angebote war die Angst, dass die Siegermächte die Montanindustrie entflechten würden. Aufgrund dieser Diskussionen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften verkündete die Regierung Adenauer 1948 das Gesetz zur Montanmitbestimmung für den Bereich Kohle und Stahl in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Paritätische Mitbestimmung wurde hier zum ersten Mal festgeschrieben. Das Motiv der Regierung Adenauer bestand darin, eine Sozialisierung der Schlüsselindustrie zu vermeiden, wie sie damals in ganz Europa diskutiert wurde, und wie es die CDU auch in ihrem Ahlener Programm gefordert hatte.

1952 folgt dann das **Betriebsverfassungsgesetz**, das jedoch bei weitem nicht mehr die Qualität erreichte, die im Montanmitbestimmungsgesetz festgelegt worden war. Die Bereitschaft der Arbeitgeber Mitbestimmung zu installieren, war inzwischen merklich zurückgegangen.

1955 wurde dann das **Bundespersönalvertretungsgesetz** verabschiedet.

1958 folgte dann das **Landespersönalvertretungsgesetz** für das Land Nordrhein-Westfalen.

1974 gab es eine **Novellierung** des Bundespersönalvertretungsgesetzes und direkt im Anschluss daran eine Novellierung des Landespersönalvertretungsgesetzes NRW. Dieses geänderte Gesetz trat am 01.07.1975 in Kraft. In weiten Bereichen wurde nun die Mitwirkung der Personalräte durch ihre Mitbestimmung ersetzt. Die erste große Novellierung des Landespersönalvertretungsgesetzes NRW erfolgte 1984. (150 Änderungen waren ausnahmslos aus den Reihen der SPD-Fraktion.) Das Gesetz wurde weiter im Sinne der Arbeitnehmer vorangebracht. Es war jedoch nicht eine Novellierung aus einem Guss.

Die wesentlichste Änderung war damals die Regelung der Einführung und des **Einsatzes von EDV**. Und genau diesen Punkt will die Rüttgers-Regierung nun aus dem Gesetz zu einem großen Teil wieder herausstreichen.

Jahr für Jahr gab es kleine, teilweise nur redaktionelle Novellierungen. 1994 dann wieder die nächste große. Hier sind erste Verschlechterungen aus Sicht der Arbeitnehmer zu vermelden, speziell aus Sicht von Lehrkräften, denn der Abordnung von Lehrern wird de facto die Mitbestimmung entzogen.

Im Jahre 2007, plant die Regierungskoalition, bestehend aus CDU und SPD, in unserem Lande ein äußerst rigides Zurückstutzen der Regelungen des Landespersönalvertretungsgesetzes. Mitbestimmungstatbestände werden gestrichen, Fristen werden verkürzt, Personalräte werden verkleinert, Freistellungen werden zurückgefahren. Dieses geschieht speziell im Schulbereich noch stärker als im übrigen Öffentlichen Dienst. Die ortsnahe Persönalvertretung wird in der Schulform Hauptschu-

le und in den Förderschulen abgeschafft. Inzwischen scheint die Landesregierung auch den Bestand der örtlichen Personalräte für die Grundschulen in Frage zu stellen und das, obwohl die Schulämter nach wie vor schulaufsichtlich auf dieser Ebene tätig sein sollen.



Wo wollen Sie unser Land hinführen, Herr Rüttgers und Herr Wolf? Wer die Mitbestimmung am Arbeitsplatz abschafft, höhlt die Demokratie in einem ganz wesentlichen Bereich unserer Gesellschaft aus. Wer Lehrer wie Knechte halten will, der möchte sicherlich auch, dass Lehrer Schüler zu Knechten erziehen.

Karl-Heinz Mrosek

Kongress

## Eine Schule für Alle

16. – 18. November 2007  
Universität Köln

Die Integration behinderter Kinder in die Regelschule ist seit mehr als 30 Jahren Ziel der Bildungspolitik in Deutschland. Doch noch immer werden 87 Prozent der behinderten Kinder in Förderschulen unterrichtet.

Wollen Sie auch nicht länger hinnehmen, dass 87 Prozent der behinderten Kinder mit dem ersten Schultag in der abgeschirmten Welt der Förderschulen gefördert werden?

Der Kongress „Eine Schule für Alle“ zeigt Wege auf zu einem inklusiven Schulsystem, in dem alle Kinder willkommen sind und die individuelle Förderung aller Schüler zur guten pädagogischen Praxis wird.

**Treffen Sie die führenden Integrationsforscher und Vordenker einer modernen Pädagogik.**

**Diskutieren Sie mit den Praktikern erfolgreicher Integrationsschulen.**

**Informieren Sie sich über Methoden des kooperativen Lernens und entwickeln Sie Ihre Praxis anhand des „Index für Inklusion“.**

**Beraten Sie sich mit erfahrenen Juristen über die rechtlichen Klippen und Möglichkeiten auf dem Weg zur „Schule für Alle“.**

Veranstalter: Mittendrin e.V., Breibergstraße 33, 50939 Köln

[www.eine-schule-fuer-alle.info](http://www.eine-schule-fuer-alle.info)

## Neukonzeption des Muttersprachlichen Unterrichts

Es gibt einen Erlassentwurf des MSW mit folgenden Eckpunkten:

1. Die „großen“ Sprachen türkisch und russisch werden als **2. Fremdsprache** ab Klasse 5 in Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen unterrichtet (Änderung der APO S.I).
2. Dafür werden künftig Lehrkräfte mit Lehrbefähigung nach deutschem Recht eingestellt (entsprechende Sprache als ein Fach). Andere Lehrkräfte werden nur noch befristet eingestellt.
3. Alle anderen Sprachen werden durch Konsultslehrkräfte unterrichtet (eventuell in Sommercamps in der Heimat); es gibt keine Zensuren im Zeugnis.
4. Langfristig sollen alle SchülerInnen Englisch als Fremdsprache lernen.

Folge:

Die Sprachenvielfalt wird abnehmen. In der Grundschule wird es nur noch Konsultslehrkräfte geben.

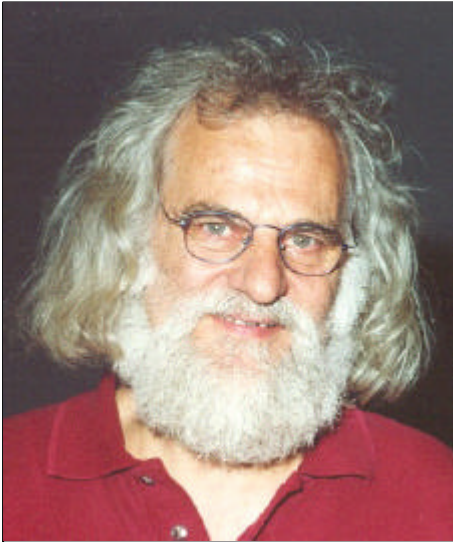
MU-Lehrkräfte sind danach ein „Auslaufmodell“. **Aber:** Die vorhandenen Lehrkräfte bleiben bis zu ihrer Verrentung oder sonstigem Ausscheiden MU-Lehrer. Für vorhandene Lehrkräfte (Hauptschule) gibt es zur Zeit keine Möglichkeit der Nachqualifizierung.

Jürgen Gottmann

# Deutsch-Nachhilfe fürs miniSterium:

(„bedauerlicher“ und „absolut unerklärlicher“, „simpler Tippfehler“) 21.4.07

## Gemeines Gedicht im Zentralabitur in NRW



Eckart Rüther, OstR.

### Montag 26.3. Punkt 9 Uhr

Gleich beim ersten Gedicht „Vergänglichkeit der Schönheit“ stutze ich. Da steht ein **sinnentstelle n- des falsches Wort**: „ein **gemeinsam** Band“, wo meiner Erinnerung nach „ein **gemeines** Band“ stehen müsste. Überprüfung in zwei vorhandenen Textausgaben, meine Erinnerung stimmt.

Der Autor Hoffmann von Hoffmannswaldau geht mit barocker Gründlichkeit die Körperteile der Angebeteten „durch“, um deren Schönheit als vergänglich zu schildern. Wenn er beim Haar ankommt, das jetzt noch „des Goldes Glanz erreichen“ kann, sagt er voraus, dass dieses nach Jahr und Tag zu einem „gemeinen Band“ getilgt würde.

Das Wort „gemein“ meinte damals „allgemein, gewöhnlich“, auch schon im Sinne von „niedrig, schlicht“, aber natürlich je nach Kontext auch schon mal „gemeinsam“, nur hier nicht. (Adelung, Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, 1793).

Jeder Schüler, bes. wenn er einen LK Deutsch hinter sich hat, muss dieses „gemeine Band“ richtig als „gewöhnliches, ordinäres“ Band deuten und verstehen können.

In der Falschfassung mit „gemeinsam“ gibt die ganze Stelle keinen Sinn mehr. Womit soll eine Gemeinsamkeit bestehen?

### Ministerium leugnet Fehler

Bevor ich eigenmächtig handle, will ich mit dem Schulleiter mein Vorhaben klären, der telefonierte um 10.00 Uhr gerade mit einem Vertreter des Ministeriums in Düsseldorf. Ich trage während des

laufenden Telefonats den Fehler am Gedichtstext vor. Ich höre „**Es gibt mehrere Lesarten, die vorgelegt ist die vom Ministerium so gewollte**“.

„Da wird nichts geändert“

Ich bin fassungslos. Da weiß ich, dass meine Schüler in eine (Interpretations-)Falle laufen und ich werde gehindert, den Fehler zu berichtigen. Ich stehe mit 5 fertigen Kopien mit der richtigen Gedichtfassung vor der Türe zum Prüfungsraum und darf nicht hinein.

### Gedichtinterpretation: mangelhaft

Beim Blick in den Erwartungshorizont erschrecke ich erneut. Die meisten **Kriterien**, die ich als Lehrer anwenden muss, sind in Ordnung und weitgehend allgemein gehalten. Aber der einzige Punkt, der eine inhaltliche Vorgabe enthält, ist dumm und ein Schlag ins Gesicht, für jeden, der sich mit Barocklyrik nur ein bisschen auskennt:

Die doppeldeutige Pointe des Gedichts läuft darauf hinaus, dass das einzige an der Geliebten, was nicht „endlich untergehn“ muss, ihr „Herze“ ist „Dieweil es die Natur aus Diamant gemacht“ habe. Die auf den ersten Blick als Kompliment erscheinende Metapher (Diamant als teuer und wertvoll) entpuppt sich bei genauerem Hinsehen und der Beachtung der Härte des Diamants jedoch als Klage über die

Christian Hoffmann von Hoffmannswaldau  
(1617 - 1679)

### Vergänglichkeit der Schönheit

Es wird der bleiche Tod mit seiner kalten Hand  
Dir endlich mit der Zeit um deine Brüste streichen,  
Der liebliche Korall der Lippen wird verbleichen,  
Der Schultern warmer Schnee wird werden kalter Sand.

Der Augen süßer Blitz<sup>1</sup>, die Kräfte deiner Hand,  
Für welchen solches fällt, die werden zeitlich<sup>2</sup> weichen.  
Das Haar, das itzund kann des Goldes Glanz erreichen,  
Tilgt endlich Tag und Jahr als ein gemeines Band.

Der wohlgesetzte Fuß, die lieblichen Gebärden,  
Die werden teils zu Staub, teils nichts und nichtig werden,  
Denn<sup>3</sup> opfert keiner mehr der Gottheit deiner Pracht.

Dies und noch mehr als dies muß endlich untergehen.  
Dein Herze kann allein zu aller Zeit bestehen,  
Dieweil es die Natur aus Diamant gemacht.

#### Anmerkungen:

- |            |              |
|------------|--------------|
| 1 Blitz    | Blick        |
| 2 zeitlich | mit der Zeit |
| 3 denn     | dann         |

**Hartherzigkeit** der Geliebten. Das lyrische Ich möchte gern und darf nicht. Was aber sollen unsere Schüler, laut Vorgabe durchs Ministerium erarbeiten: „... an die Frau adressierte **Warnung** des lyrischen Ichs **vor der Vergänglichkeit der Schönheit** und die **Mahnung, sich auf die Beständigkeit des Herzen zu besinnen**“.

Was bitte schön nutzt eine „Warnung vor der Vergänglichkeit der Schönheit“? Gibt es jemanden, der noch nicht kapiert hat, dass Schönheit vergeht? Oder muss noch die nächste Dummheit auch erarbeitet werden: Wenn die Geliebte das Diamantherz doch schon hat, wozu noch die Mahnung? Die Besinnung?

Ist das der Weg den längst abgeschafften „Besinnungsaufsatz“ wieder einzuführen?

Soviel besinnliches Geschwätz habe ich bei meinen Korrekturen bisher nicht durchgehen lassen und hoffe, dass sich auch in den Klausuren solches nicht findet.

Das verlangte Kriterium werde ich bei den Korrekturen nicht anwenden. Falls mein unbekannter Kokorrektor allerdings obrigkeitshöriger sein sollte - ich kenne allerdings keinen Deutschkollegen, der diesen Unsinn zum Sinn erheben würde - wird das ganze halt zum Drittkorrektor gehen müssen.

### Qualitätssicherung gescheitert?!

Ich mache mir ernsthafte Sorgen um unseren wissenschaftlichen Nachwuchs und schreibe am 1.4. an den Fachmann **Professor Karl Otto Conrady** selbst, auf dessen Gedichtausgabe die des Cornelsenverlags beruht.

Conrady schreibt in seiner Antwort am 2.4. u.a.: „Natürlich muss es ‚ein gemeines Band‘ heißen. Eine Änderung von ‚gemeines‘ ist wirklich unerlaubt. Es ist, wie Sie schreiben, ‚ein unzulässiger Eingriff‘ in den Text“ und: „Ich lese die letzte Zeile wie Sie in ihrer ‚Doppeldeutigkeit‘.“

Zur **„ministeriellen Aufgabenstellung“** schreibt Conrady am 13.4. ans Ministerium, die Forderung der „Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen“ (s.o.) verfehle „die Pointe des Gedichtschlusses, ja verstellt geradezu den möglichen Zugang zu ihr, indem einsinnig auf die Beständigkeit des Herzens“ als eine zentrale „Mahnung“ des Gedichts gepocht wird“.

### Gemeine Spitzfindigkeiten des Ministeriums

Das **Ministerium** (Pressesprecher **Priboschek**) interpretiert in einem Brief an die FAZ am 30.3.: „Der Vorwurf, ‚gemeinsam Band‘ heiße in Wirklichkeit (!) ‚gemeines Band‘, trifft nicht, da der Autor (ich, E.R., oder der der FAZ?) fachwissen-

schaftlich nicht auf dem neusten (!) Stand ist. Die in den angeführten (?) Schulbüchern bemühte Erklärung, ‚gemeines Band‘ bedeute so etwas wie ‚gewöhnlich, ordinär‘, ist falsch, da im 17. Jahrhundert die pejorative<sup>1</sup> Konnotation<sup>2</sup> von ‚gemein‘ noch nicht existierte. Vielmehr hatte ‚gemein‘ die Bedeutung von gemeinsam, weshalb neuere (!) historisch-kritische Ausgaben (sic! es gibt nach wie vor **keine** hist.-krit. Ausgabe von Hoffmannswaldau) diese Variante zum besseren Verständnis des eigentlichen Sinnes des Barock-Gedichtes verwenden. Auch die neuste (!) Ausgabe des ‚Conrady‘ verwendet daher - im Gegensatz zu früheren Ausgaben - dieses Wort.“ (alle Klammern von mir, ER)

Peinlich für den Hobbygermanisten Priboschek, dass der Verlag sich inzwischen längst entschuldigt hat, dass das falsche Wort ein **„bedauerlicher“** und **„absolut unerklärlicher“**, **„simpler Tippfehler“** sei.

**Das Ministerium**, von der FAZ auf die inhaltlichen Fragen angesprochen, meinte dazu nur, **„Zu germanistischen Spitzfindigkeiten“ wolle es „keine Stellung nehmen“** (FAZ NRW v. 7.4.07, S.1)

Und wie sollen jetzt Lehrer korrigieren? Wo liegt die Grenze zwischen genauer Interpretation und Spitzfindigkeit? Gilt jetzt alles? Bin ich spitzfindig, wenn ich den Schülern Fehler ankreide? Oder dürfen sich die Abiturienten jetzt auch dagegen wehren, mit solchen „Spitzfindigkeiten“ gequält zu werden? Darf dann ein Ministerium seinen Abiturienten solche „Spitzfindigkeiten“ abverlangen? Aber vielleicht liegen die Lösungen ja ganz woanders: **am Gartenzaun:**

<sup>1</sup> **Pejoration** [...zion; lat.-nlat.] die -, -en: Bedeutungsver-schlechterung, -abwertung eines Wortes, das Annehmen eines negativen Sinnes bei einem Wort (z.B. gemein: urspr.: gemeinsam, mehreren in gleicher Weise zukommend, jetzt: niederrächtig, unfein; Sprachw.). **päjäorativ**: die Pejoration betreffend; bedeutungsver-schlechternd; abwertend (Sprachw.). **Pejäorativum** [...tiwum] das; -s, ...va [...wa]: mit verkleinerndem od. abschwächendem ↑ Suffix gebildetes Wort mit abwertendem Sinn (z.B. Jüngelchen, frömmeln; Sprachw.).

<sup>2</sup> **Konnotation** [...zion] die; -, -en: die Grundbedeutung eines Wortes begleitende, zusätzliche [emotionale, expressive, stilistische] Vorstellung (z.B. bei „Mond“ die Gedankenverbindungen „Nacht, romantisch, kühl, Liebe“; Sprachw.); Ggs. ↑ Detonation (2 a); **konnotativ**: die assoziative, emotionale, stilistische, wertende [Neben]bedeutung, Begleitvorstellung eines sprachlichen Zeichens betreffend (Sprachw.); Ggs. ↑ detonativ.

(Pejorative Konnotation: DUDEN „Das Fremdwörterbuch 5“)

## Ministeriumssprecher über Lehrer und Zahnärzte

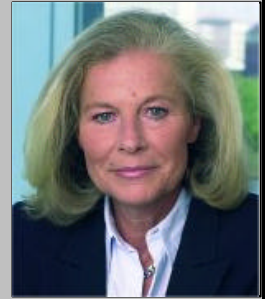
Von Herrn Priboscheks Vertreter, **Herbert Spies**, erhielt ich am 3.4. **schulpsychologische Beratung**: Er wollte von mir erst nur wissen, ob ich den Schülern den „richtigen“ oder den „falschen“ Text gegeben hätte, was zu einiger Verwirrung führte, da wir uns beide nicht so recht auf „richtig“ und „falsch“ einigen konnten. Ich habe ihn dann beruhigen können, dass ich den falschen, nämlich den des Ministeriums, verteilt hätte.

Er hatte dann noch gute Ratschläge für mich: Ich hätte bevor ich einen Tsunami lostrete, doch lieber in Düsseldorf anrufen oder um meinem Ärger Luft zu verschaffen, eine **leere Wasserflasche gegen einen Gartenzaun treten** sollen. Ach so geht das!

Er war gut über mich informiert, weshalb ich denn so kurz vor meiner Pensionierung noch so viel Power entwickle und „alle rechts (im Sinne von verkehrswidrig!) überhole“ usw. Ich stellte die Gutinformiertheit fest und sagte, dass er wohl deshalb mich auch als **GEW-Querulanten**kenne (so hatte er sich sinngemäß über mich gegenüber dem Feuilletonredakteur der FAZ geäußert). Er hat es natürlich abgestritten und wollte wissen, woher ich das wisse –.

Am nächsten Abend im Fernsehen (WDR 3) erfuhr ich dann von ihm auch, warum das Ministerium den Abiturtext nicht überprüft hat: „Da stellt sich natürlich jetzt die Frage: Ist dem Schulministerium ein **Vorwurf** zu machen, das nicht überprüft zu haben? Da frage ich Sie, **überprüft jeder Zahnarzt die Kronen, die vom Labor kommen, bevor sie dem Patienten eingesetzt werden?**“

Eckart Rüter, OStR, Gesamtschule Troisdorf



### Christa Cloppenburg, WDR:

Das klingt schwer nach germanistischem Oberseminar: Da streiten sich Gelehrte und Halbgelehrte seit Tagen, ob es in einem Gedicht aus dem 17. Jahrhundert an einer bestimmten Stelle „gemein“ heißen muss oder „gemeinsam“. Das wäre an sich nicht weiter schlimm und hätte die Öffentlichkeit wahrscheinlich nie belästigt, doch die, wie sich inzwischen herausgestellt hat, falsche Variante „gemeinsam“ stand in einer Abituraufgabe. Deutsch, Zentralabitur – oh, wie gemein! Dumm gelaufen, denn die Verantwortlichen für die Abi-Aufgaben hatten den falschen Text aus der renommiertesten Sammlung deutscher Lyrik übernommen. Wie das Leben so spielt, vor Tippfehlern ist selbst der berühmte „Conrady“ nicht gefeit. So weit, so eigentlich unspektakulär.

Aufseherregend dagegen war die erste Reaktion aus dem Schulministerium: Statt schlicht und einfach zugeben, dass da eine Panne passiert war, gab der Sprecher des Ministeriums eine unglückliche Doppelrolle; Erstens spielte er die beleidigte Leberwurst und zweitens den Obergermanisten. Als Antwort auf einen kritisch-hämischen Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung befand er, der Autor dieses Artikels sei „fachwissenschaftlich nicht auf dem letzten Stand“. Er erging sich in Belehrungen über die tiefere Bedeutung der Worte „gemein“ und „gemeinsam“ in der Lyrik des 17. Jahrhunderts und verstieg sich dabei in so wunderbare Formulierungen wie „pejorative Konnotation“. Außerdem verlangte er von der Zeitung prompte Richtigstellung.

Inzwischen stellt das Schulministerium richtig: Es war ein Fehler aus der „Abteilung Tipp“.

Kann passieren, aber ein bisschen weniger regierungamtliche Arroganz wäre mehr gewesen.

---

## Schule = Unterricht + viel mehr

Die Ergebnisse unserer Schulen müssen verbessert werden! Stimmt! Die Politik kümmert sich! Sie dreht kräftig an der Schraube. Aber an welcher? Klar, am Unterricht!! Behauptet, **mehr** und **besser** muss er werden, dann verschwinden die deutschen Probleme bei PISA & Co.

Das „Mehr“ ist eingestielt: Unterrichtsausfall ist reduziert.

Das „Besser“ ist nicht so leicht zu erreichen. Bedeutet es doch: Diejenigen, die Unterricht durch-

führen und zu verantworten haben, müssen einfach „besser“ arbeiten!

Wie kriegt man aber die „faulen Säcke“ dazu, besser zu arbeiten (seit Gerhard Schröder öffentlich erlaubter Begriff für Lehrer)?

Auch an diesem Problem arbeitet unsere Landesregierung mit Macht. Qualitätsanalysen sollen die leistungsschwachen Kollegen auffindig machen und isolieren! Schulaufsichtsbeamte geben praktische Tipps an Schulleiter: „Geben Sie den bestimmten Kollegen doch die schwierigsten

Klassen, dann werden die Eltern sie schon fit machen!“

Deutlich wird: Über Entwicklung von Schule entscheiden und bestimmen Menschen, die an ganz anderen Orten als Klassenzimmern ihren Arbeitsalltag verbringen. Besonders delikater ist dabei, dass es auch ehemalige Kollegen sind, die es eigentlich besser wissen müssten.

**Tatsache ist:** Ein Lehrer, dem es gelingt, eine Gruppe von 25 und mehr Schülern 5 bis 6 Stunden am Tag zu bändigen und sie auf dem Weg zu mehr Wissen, Können und wertvollen ethisch-moralischen Einstellungen auch nur ein kleines Stückchen weiterzubringen, erbringt eine immense Leistung für unsere Gesellschaft. Es ist beileibe keine leichte Aufgabe und wenn dieser Lehrer in diesen Stunden nicht mit voller Kraft bei der Sache sein kann, sind sie für ihn eine Tortur!

Wer behauptet, Menschen, die diese Leistung täglich bringen, seien faul, träge oder schlechte Arbeiter, ist zumindest sträflich gedankenlos, denn er hilft in keiner Weise unsere Schule zu verbessern, sondern – im Gegenteil, er erschwert die Arbeit in der Schule und verschlechtert sie damit langfristig unausweichlich!

Ich behaupte, jeder Lehrer gibt nach seinem persönlichen Vermögen sein Bestes in der Schule! Denn wirklich erfolgreiche Arbeit bringt Befriedigung und tut allen daran Beteiligten gut. Niemand hat mehr echtes Interesse an guter Schule als diejenigen, die tagtäglich dort intensiv mit den Schülern zusammen sind, die Lehrer im Unterricht!!!

Ja, die Qualität von Schule liegt auch am Unterricht. Doch nur zum Teil! Von mindestens gleichem Gewicht für gute Lernerfolge sind die Atmosphäre und das zwischenmenschliche Klima. Gerade dieser Teil wird in der aktuellen Phase völlig vergessen – ja, mit den eingeleiteten Aktionen zur Verbesserung von Schulen sogar erheblich belastet und verschlechtert.

Wenn Unterricht besser werden soll, dann brauchen wir Lehrer vor allem die Kraft dazu. Druck hat je der, der regelmäßig vor einer Klasse steht, schon genug. Mehr Druck bringt nichts! Lehrer brauchen Unterstützung durch ein gutes menschliches, solidarisches Klima an der Schule, hochwertige, aufbauende und die ganze Persönlichkeit stärkende Fortbildungen und nicht zuletzt eine Haltung in der Öffentlichkeit und in den Elternhäusern, die die Leistungen der Lehrer würdigt und mitträgt!

Unsere Landesregierung arbeitet wie wild an der Verbesserung der Schulen in NRW. Doch sie tut es blind auf einem Auge und es besteht deshalb die große Gefahr, dass sie sie noch verschlechtert! Die Schule muss besser werden. Für einen Teil der schulischen Qualität, den Unterricht, sind die Lehrer verantwortlich. Wenn sie die Rahmenbedingungen für eine Verbesserung ihres Unterrichtes hätten, würde er schon aus ihrem eigenen Interesse automatisch besser.

Auf die äußeren Rahmenbedingungen von Schule und das zwischenmenschliche Klima dort hat der einzelne Lehrer keinen oder nur bedingten Einfluss. Auf diesem Gebiet zeigt sich die Qualität der Arbeit aller Beamten im Bereich Schule, die ihre Arbeitszeit nicht vorrangig im Klassenzimmer verbringen! Diesen Teil der Schule zu verbessern, steht noch nicht auf dem Programm – obwohl er tatsächlich der entscheidende für die Qualität der Schulen in unserem Land ist.

**Fazit:**

Die Politik muss endlich aufhören durch ihre Maßnahmen die Arbeit der Lehrer noch zu erschweren, stattdessen sollte sie ihre Arbeit gewissenhaft und verantwortlich tun und die Rahmenbedingungen für Schule mit aller Energie und Kreativität zu verbessern versuchen!

Damit unsere Schulen besser werden, brauchen sie vor allem eine vertrauensvolle Atmosphäre im Kollegium und mit den Eltern, am besten in der ganzen Gesellschaft.

Die Arbeitsbedingungen für die einzelnen Lehrer müssten zudem in den folgenden Punkten verbessert werden:

- kleinere Lerngruppen
- verlässlich verfügbare Vertretungsreserven
- angemessene Ausstattung der Räume und Gebäude
- gute Fortbildungsangebote
- weniger Pflichtunterrichtsstunden für Lehrer
- Anerkennung und Unterstützung aller Leistungen der Lehrer in den Schulen durch die Gesellschaft und die Politik.

Ellen Ritter

**Druck:** Firma Blömeke SRS GmbH  
Resser Straße 59, 44653 Herne

**Auflage:** 3.500 Exemplare





## Das Kreuz mit der Vergangenheit

**Günther Oettinger hat eine umstrittene Trauerrede auf Hans Filbinger gehalten. Wie sind seine Worte zu bewerten?**

*Von Gerd Appenzeller*



**Hans Filbinger**

Ja, das Schicksal. Wenn man sich selbst und anderen nicht erklären kann oder mag, wie man in eine besondere Situation geraten ist, bemüht man es gerne. Schicksal ist es, wenn man einem Unglück entkommt. Schicksal ist es, wenn man zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort ist. Und das Schicksal bemühte der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger auch am Mittwoch bei seiner Trauerrede auf seinen Vor-Vor-Vorgänger im Amt, Hans Filbinger. Der sei im „Dritten Reich“ „schicksalhaft in eine Situation hineingeraten, die den Menschen heute zum Glück erspart bleibt“. Filbinger sei auch kein Nationalsozialist gewesen, sondern ein Gegner des NS-Regimes, der sich aber den Zwängen der damaligen Zeit ebenso wenig wie Millionen andere habe entziehen können. Und: Durch kein Urteil Filbingers habe ein Mensch sein Leben verloren.

Gegen diese Würdigung Filbingers gab es zornige Proteste. Dieter Graumann, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, fand Oettingers Rede „grauenhaft“, sie bemäntele eine Schuld. Der SPD-Politiker Erhard Eppler, früher Landesvorsitzender seiner Partei in Baden Württemberg, nannte Oettingers Anmerkungen „in der Sache nicht kompetent“. Und für den Schriftsteller Rolf Hochhuth ist Filbinger zum Ende des Krieges „ein sadistischer Nazi“ gewesen (...).

Hans Filbingers, im Oettinger'schen Sinne, Schicksalsstunden lagen im Jahre 1945, als er im von der Wehrmacht besetzten Norwegen nicht nur bis zum Kriegsende, sondern auch noch nach der Kapitulation unter britischer Bewilligung in Gefangenenlagern als Marinerichter tätig war. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hatte jene von Filbinger verdrängte Zeit 1978 wieder öffentlich gemacht, als er dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten die Beteiligung an Todesurteilen vorwarf. Filbinger hatte zunächst Erinnerungslücken geltend gemacht. Dann berief er sich auf Weisungen. Seine Erklärungsversuche gipfelten in dem Satz: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ In einem Zivilprozess vor dem Landgericht Stuttgart wollte Filbinger Hochhuth untersagen lassen, ihn weiter als „Hitlers Marinerichter“ und als „furchtbaren Juristen“ zu bezeichnen. In einem aufsehenerregenden Urteil wies ihn das Gericht am 13. Juli 1978 ab. Einen knappen Monat später, am 7. August, trat er als Regierungschef zurück, weil ihm die eigene Partei zunehmend die Unterstützung versagte. Er selber nannte den Vorgang eine „Rufmordkampagne“ und wiederholte über Jahre hinweg den Vorwurf, ihm sei „schweres Unrecht angetan worden“.

Die baden-württembergische Union hatte sich freilich schnell mit ihm, der eine herausragende Figur ihres konservativen Flügels gewesen war, versöhnt und stellte ihn auch immer wieder als Wahlmann für die Bundesversammlung auf, die das Staatsoberhaupt kürt. Es gibt wenig Zweifel, dass Ministerpräsident Oettinger bei eben diesem Teil der Südwest-CDU mit seiner Rede Punkte sammeln wollte. Dort wirft man ihm, dem Protestanten, der bei einer Mitgliederbefragung die Katholikin Annette Schavan im Rennen um die Nachfolge von Erwin Teufel ausgestochen hatte, unausgesprochen fehlende Bodenständigkeit und allzu forsches Auftreten vor. Auch dass er im Streit um eine Reform des Abtreibungsrechtes für eine Fristenlösung eintrat und sich Schwarz-Grüne Koalitionen im Südwesten vorstellen kann, wird ihm von den Traditionalisten angekreidet.



So sehr man davon ausgehen kann, dass Günther Oettingers im Ganzen ordentliche Ansprache – eine typische Trauerrede – den Beifall der gesamten CDU fand, so sehr hat er seinen Ruf als liberaler Politiker durch einige wenige falsche Sätze, beschädigt. Natürlich trifft der Vorwurf nicht zu, Filbinger sei ein Nazi gewesen. Aber genauso fehl am Platze ist jene Umdeutung der Geschichte, die ihn zu einer Art von Widerstandskämpfer macht. Das war der SA-Mann Filbinger keineswegs. Er verkörperte genau jene gefühllosen Funktionseliten, die, ob als Richter, Staatsanwälte oder Verwaltungsspezialisten, das Funktionieren des NS-Staates erst möglich machten. Hochhuths Formulierung vom „furchtbaren Juristen“ trifft den Kern. Oettingers Satz, wonach kein Mensch durch ein Urteil von Filbinger umgekommen sei, verschleiern ihn hingegen gerade wegen seiner formalen Richtigkeit besonders übel. Tatsächlich war Filbinger als Richter an zwei (nicht vollstreckten) Todesurteilen gegen desertierte Angeklagte beteiligt. Als Ankläger – nicht als Richter – forderte er den Tod des fahnenflüchtig gewordenen Matrosen Walter Gröger, der auch hingerichtet wurde.

DER TAGESSPIEGEL online vom 13.04.2007  
Ressort: Fragen des Tages

### **Ballade vom toten Matrosen Walter Gröger**

Der war jung grad siebzehn Jahre,  
und zog freiwillig in den Krieg,  
im Ohr die Nazi-Fanfare,  
vor Augen der glänzende Sieg,  
aus Schlesien und Schlossergeselle  
und bald schon heimwehkrank,  
denn der Krieg kam nicht von der Stelle,  
und die blutige Zeit wurde lang.  
Drei Jahre weit weg von Schlesien,  
drei Jahr in Kaserne und Schlacht –  
da hat der ans Abhaun nach Schlesien,  
ja an Flucht hat er da gedacht.

Als der Krieg dann im fünften Winter  
nach den Übriggebliebenen griff,  
schickte irgendein Menschenschinder  
den Matrosen nach Oslo aufs Schiff.

Doch der fand dort ein heimliches Zimmer,

eine Freundin und einen Plan,  
ja, da gab's noch so'n Hoffnungsschimmer,  
der von Schweden herüberkam.  
Das ging so ganze drei Wochen,  
dann wurde er denunziert;  
er hatte das Schlimmste verbrochen,  
war vom Töten desertiert.

Der Richter nahm ihm acht Jahre  
und der Freundin aus Oslo zwei.  
So war denn die Zeit mit der Knarre  
für den Hitlersoldaten vorbei.  
Doch der Admiral wollte Blut sehn  
und sagte: „Zuchthaus ist schlecht!  
Warum soll's dem Matrosen so gut gehen?  
Davon wird unser Krieg geschwächt!“  
Er fand auch gleich zwei Komplizen:  
ein' Richter und ein' Staatsanwalt -



was hatten die gutes Gewissen!  
und Gesetze und Gewalt!

Der Krieg lag schon in' letzten Zügen  
und in Trümmern die halbe Welt,  
trotzdem wurde die Sache betrieben  
und das Todesurteil gefällt.

Den heimwehkranken Matrosen  
traf zehnmal die Kugel aus Blei,  
in sauber gebügelten Hosen  
stand Herr Filbinger aufrecht dabei.  
Wonach sich der Junge gesehnt hat,  
sein Schlesien sah er ja nicht -  
das letzte, was er gesehn hat,  
das war Filbingers Gesicht.

So wurde da einer abgeknallt,  
der zu menschlich war für den Krieg.  
Und Hitlers gehorsamer Staatsanwalt  
überlebte die Zeit, und stieg,  
und stieg auf der Leiter der Politik,  
wo er hinwollte, nämlich zur Macht -  
den hat allenfalls mal ein Hundeblick  
um den Schlaf des Gerechten gebracht.  
Es ist einer ja kein Verbrecher,  
auch wenn er Verbrechen begeht...  
Der Terrorist stellt sich besser,  
der im Dienst des Staates steht.

Walter Mossmann

## Buchbesprechung

### Feindbild Christentum im Islam – eine Bestandsaufnahme

Ursula Spuler-Stegemann (Hrsg.)

Preis des Taschenbuches: 4,00 €

Im Jahre 2006 ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in der **Schriftenreihe** dieser Band 573 erschienen. Die Herausgeberin, Ursula Spuler-Stegemann, lehrt an der Philipps-Universität Marburg Türkisch und Religionsgeschichte. Sie hat zahlreiche Fachpublikationen, vor allem zum Islam, vorgelegt. In diesem Buch lässt sie als Verfasserin diverse Autoren zu Wort kommen.

#### Einführung

von Ursula Spuler-Stegemann

#### Christen im Urteil von Muslimen

Kritische Positionen aus der Frühzeit des Islams und aus der Sicht heutiger Theologen

von Christine Schirrmacher

#### Wie du mir so ich dir?

Die Freiheit des Glaubens zwischen Christentum und Islam

von Rita Breuer

#### Selig sind die Betrogenen

Christlich-islamischer Dialog – Täuschungen und westliches Wunschdenken

von Bassam Tibi

#### Warum der christlich-islamische Dialog notwendig ist

Religiöse Koexistenz als Friedenspotential

von Georg Tamer

(...)

#### „Das Christentum“ aus der Perspektive der internationalen islamistischen Bewegung

Einsichten aus der jüngsten Vergangenheit

von Herbert Landolin Müller

#### Christenverfolgungen oder Christentum

##### ohne Lobby

Aspekte religiöser Unterdrückung

von Ursula Spuler-Stegemann

(...)

#### ...denn sie wissen, was sie tun

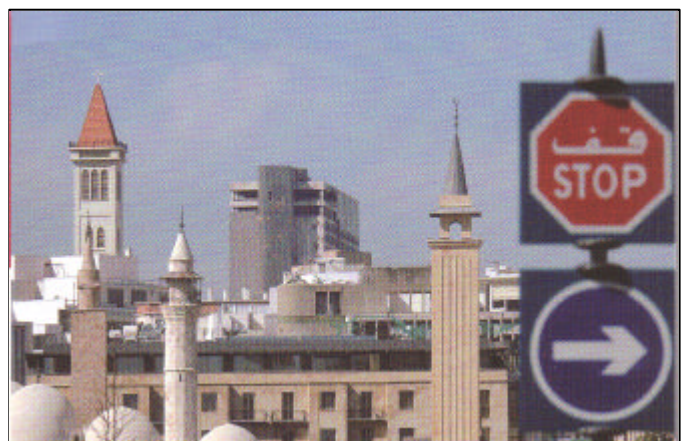
Zum Verhältnis der Muslime in Deutschland zu den christlichen Kirchen

von Ursula Spuler-Stegemann

(...)

Hier eine kleine Leseprobe aus einem Beitrag von Frau Spuler-Stegemann:

„Nachdem der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George W. Bush, im Zusammenhang mit den Attentaten auf das World Trade Center und das Pentagon die Vorstellung vom „Kreuzzug“ aktualisierte, den Krieg gegen den Diktator Saddam Hussein als „göttlichen Auftrag“ zu legitimieren versuchte und mit Begriffen wie „Schurkenstaaten“ und „Achse des Bösen“ operierte, bekam dieser aus reinem machtpolitischen Kalkül entfachte angebliche „Präventivkrieg“ den moralisierenden Anstrich eines religiös legitimierten Kampfes zwischen zwei Religionen. Obwohl der Papst, die Deutsche Bischofskonferenz für die römisch-katholische Kirche sowie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und darüber hinaus viele Menschen weltweit gegen diesen Krieg wie auch gegen seine Verquickung mit Religion protestierten und obwohl auf islamischer Seite der Scheich der renommierten al-Azhar Universität in Kairo, Muhammad Tantawi, als einflussreichste sunnitische Autorität sich nicht auf einen solchen „Kampf der Religionen“ entließ und sich nicht zu einer Dschihad-



Fatwa hinreißen ließ, stehen nunmehr, massiver als zuvor, die Religionen Christentum und Islam in diesem mehr als unrühmlichen Zusammenhang einander gegenüber.“

(...)

„Wohlwollen kennzeichnet den Umgang vieler westlicher Demokratien mit dem Islam. So ist der viel zitierte „ehrliche Dialog“ zwischen Christentum und Islam in Deutschland nur eins unter vielen Beispielen für die Bemühungen um Verständigung. Angesichts einer wachsenden Zahl von Übergriffen und Behinderungen des Christentums in islamischen Staaten und auch in der nach Europa strebenden Türkei stellt sich jedoch die Frage, welchen Grad an Akzeptanz, welche Offenheit Christen eigentlich von führenden Protagonisten der islamischen Religion erwarten können. Übersehen wir aus Naivität, Unkenntnis oder überzogener Toleranz möglicherweise das „Feindbild Christentum“ im Islam? Das Buch bietet eine realistische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und eine kritische Wertung des islamischen Beitrags zum Dialog.“

Karl-Heinz Mrosek

# Lernziel Einsicht

Ali Gül (14, Name erfunden) sitzt schweigend vor seinen Klassenlehrern. Er hat ihnen gesagt, dass er nicht das Mäppchen aus dem offenen Fenster des Klassenzimmers geworfen habe. Seine türkischen Freunde bestätigten, dass er auf dem Flur war, als andere im Klassenraum tobten.

Die Tutoren, d.h. die Klassenlehrer, sind verzweifelt. Sie kennen Ali als einen freundlichen Schüler, dem es schwer fällt, in deutscher Sprache zu schreiben; er lernt lange Texte auswendig; nur manchmal verraten kleine Fehler, dass er wenig von dem versteht, was er an Lauten in beinahe richtiger Reihenfolge vorträgt.

Ali ist Kind deutscher Eltern (d.h. beide Eltern haben einen deutschen Pass), seine Großeltern sind seit ca. 40 Jahren in Deutschland. Er ist ein Migrantenkind der dritten Generation. Seine Eltern sprechen besser deutsch als er. Auch die türkische Sprache beherrscht er nicht richtig.

Die Tutoren wissen: Er bleibt am Wochenende oft über Nacht in der Moschee, um dort in die türkisch-islamische Kultur eingeführt zu werden. Er kann ein wenig arabisch lesen und große Teile des Korans auswendig in der ihm fremden, aber heiligen arabischen Sprache vortragen. Die Tutoren sagen ihm, dass nach ihrer Kenntnis junge Muslime dazu erzogen werden, aufrichtig zu sein und nicht zu lügen. Es nützt nichts.

Die Tutorin war, aufgeschreckt vom Lärm, in die Klasse gerannt und hatte eben noch gesehen, dass das Mäppchen auf den Hof fiel; nur Ali konnte das Mäppchen geworfen haben. Er soll einsehen, dass sein Handeln falsch war. Wenn er seine Tat bereut, braucht man ihn nicht zu strafen. Aber Ali sagt, er sei auf dem Flur gewesen. Die Beteiligten wissen, wie der Konflikt enden wird: Für die deutschen Lehrkräfte lügt Ali, wie viele andere türkisch-stämmige Schüler auch; er steht nicht zu seiner Tat, man kann sich nicht auf ihn verlassen. Ali glaubt, er werde hart bestraft, weil er Moslem und weil er – trotz des deutschen Passes – Türke sei. Junge Türiinnen sind in der Regel besser geschützt. Sie helfen sich gegenseitig; und wenn sie doch einmal aus der Reihe tanzen, können sie eher erklären, was geschehen ist.

Das Handeln der Beteiligten an diesem Konflikt wird u.a. von kulturellen Verhaltensmustern geprägt, die ihnen unbewusst sind. Für solche kulturell geprägten Verhaltensmuster gibt es Beispiele. Wer zu französischen Freunden eingeladen wird, wird von der Gastgeberin mit einem Wangenkuss begrüßt; ähnlich heißt der Gastgeber auch die eingeladene Frau willkommen. In Deutschland kann das als anstößig gedeutet werden.

Auch atheistische, deutsche Lehrer sind von christlichen Verhaltensmustern geprägt. Dazu gehört u.a. die Kultur des Bekennens. Ohne Bekenntnis und Reue gibt es in der katholischen Beichte keine Absolution. Wer in eine Freikirche aufgenommen werden will, muss öffentlich seine Sünden bekennen und bereuen. Bill Clinton konnte nach dem Bekenntnis seines Verhältnisses zu einer gewissen Monika Präsident bleiben. Das Nennen von „geheimen“ Wünschen und Träumen ist die Voraussetzung der Heilung in der Psychoanalyse nach Sigmund Freud.

Eine Kultur des Bekennens gibt es im Bereich des sunnitischen Islams nicht. In einem islamischen Land hätte Clinton abdanken müssen. Jeder Moslem ist unmittelbar vor Gott für sein Tun verantwortlich. Muslime hoffen, dass Gott ihnen in der Stunde des Todes bzw. beim Jüngsten Gericht gnädig ist. Auf Erden kann kein Richter, sondern nur der Kalif, der Stellvertreter des Propheten, gnädig sein. Das Kalifat aber wurde am 03. März 1924 von Kemal Atatürk abgeschafft.

Für den Schüler Ali Gül sind deutsche Lehrer gleichzeitig Richter. Sie haben festzustellen, welche Schüler richtig und welche falsch gehandelt haben. So hat er es im Moschee-Verein gelernt.

Deutsche Richter entscheiden ähnlich wie deutsche Lehrer: Wenn der Angeklagte die Tat gesteht und bereut, denken sie über mildernde Umstände nach. Leugnet der Beschuldigte die nachgewiesene Tat, erhöhen sie das Strafmaß. So soll der Angeklagte bzw. der Verurteilte zur Einsicht kommen.

Türkische Richter handeln ähnlich wie deutsche Richter. Mit der Gründung der türkischen Republik (1923) sind westeuropäisches Recht und Rechtsdenken eingeführt worden. In islamistischen Religions- bzw. Moscheevereinen träumt man von der Gerechtigkeit, die mit Hilfe des islamischen Rechts, der Scharia, zu schaffen sei. In einem solchen Verein ist das Denken von Ali geprägt worden.

Der Kadi, d.h. der Richter, hat im islamischen Recht keinen bzw. nur einen äußerst geringen Spielraum für die Berücksichtigung von Einsicht und Reue und von mildernden Umständen. Er hat festzustellen, ob die Tat geschehen ist oder nicht und dann hilft ihm ein Strafkatalog, die gerechte Strafe zu finden. Das Strafmaß ist je nach Land bzw. Rechtsschule unterschiedlich. Vor demselben Gericht gibt es für dieselbe Tat dieselbe Strafe. Das ist gerecht.

Dieses Rechtsverfahren ist auch im deutschen Kulturraum bekannt. Wer bei Rot über die Ampel fährt, erhält seine Punkte in Flensburg. Bei der Heirat von geschiedenen Katholiken ist die Strafe der Exkommunikation gegeben; ein kirchlicher Richter stellt nur fest, ob der „Versuch der Hochzeit“ erfolgt ist oder nicht. Wer

nach islamischem Recht der „gerechten“ Strafe entgehen will, hat im Rahmen des Verfahrensrechtes zu verhindern, dass der Kadi förmlich die Tat feststellt. Der zum Christentum konvertierte Afghane Rahmann ist freigekommen, weil die Anklage des Abfalls vom (islamischen) Glauben formal nicht korrekt erhoben worden war. Einmal auf freiem Fuß konnte er sich dem Richter durch Flucht „entziehen“. Die beiden Frauen in Nordnigeria, die jeweils nach einer Vergewaltigung ein Kind geboren hatten, sollten wegen Ehebruchs nach dem Abstillen, d.h. ca. zwei Jahre nach der Geburt, gesteinigt werden. Sie sind später wegen Verfahrensfehler im ersten Strafprozess freigesprochen worden.

Ali Gül weiß: Er hat die Texte des Schulbuches auswendig zu lernen, so wie er den Koran auswendig lernt; er braucht die Texte nicht zu verstehen. Er hat zu verhindern, dass die Tutoren feststellen, dass er das Mäppchen aus dem Fenster geworfen hat, sonst werden ihn auch seine Eltern bestrafen, die ihm sagen, dass sie ihren Sohn voll und ganz für die Zeit des Unterrichtes in die Hände der deutschen Lehrer gegeben haben. Das erhöhte Strafmaß, das er erwartet, deutet er als rassistische oder religiöse Diskriminierung. Der hier beschriebene Konflikt findet fast täglich in deutschen Schulklassen statt. Von einem türkischen Lehrer weiß ich: Er schickte einen Schüler, der ihn grob beleidigt hatte zum Schulleiter; als dieser den Schüler – wie ein Richter – um eine Stellungnahme bat, habe er, der Lehrer, den sicheren Eindruck gehabt, der Schulleiter habe ihm nicht geglaubt. Er hat fortan niemanden mehr zum Schulleiter geschickt.

Ali wird lernen müssen, sich kulturell angemessen zu verhalten. Nicht der auswendig gelernte Text hilft ihm weiter, sondern der verstandene Text. Vor zu harter Strafe schützt er sich durch Bekenntnis, Einsicht und Reue, und nur selten über das Verfahrensrecht. In Deutschland gilt europäisches, nicht islamisches Recht. Aleviten, jene religiöse Minderheit, zu der ca. 30 % aller Türken gehören, kennen in ihrer religiösen Versammlung, der Cem, das öffentliche Bekennen der Sünde und die Bitte um Vergebung. Das Verstehen des Textes, nicht das Auswendiglernen sind ihnen wichtig. Alevitischen Schülern fällt es in der Regel leicht, sich in das deutsche Schulsystem zu integrieren.

Die Tutoren von Ali haben zu lernen, auf die kulturellen Besonderheiten ihrer Schülerinnen und Schüler und ihrer Kolleginnen und Kollegen einzugehen. Wenn sie sehen, dass das Denken und Handeln ihrer Schüler von islamistischen bzw. türkisch nationalistischen Gruppierungen beeinflusst wird, haben sie darauf angemessene Antworten zu finden. Sie haben die Einsicht und das Verstehen bei ihren Schülern zu fördern.

Manfred Etscheid

## Kritik an Kirche

### Muslime empört

**Köln** ■ Der Koordinierungsrat der Muslime mit Sitz in Köln hat scharfe Kritik an der Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Islam geübt. Vor einem für kommenden Mittwoch geplanten Treffen mit EKD-Vertretern beschuldigt der islamische Spitzenverband die Kirche, bestehende Vorurteile auszunutzen. Hintergrund ist eine EKD-Schrift zum Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland. Darin erteilt die EKD unter anderem dem islamischen Recht, der Scharia, sowie der Benachteiligung von Frauen eine Absage. ■ dpa

RN: 26.05.07

## Die Warnung

### ...vor Elektrosmog durch WLAN im Klassenzimmer

Die GEW Hessen warnt vor dem Einsatz von Laptops mit WLAN-Technik im Klassenzimmer. WLAN (wireless local area network) ermöglicht per Funk die Verbindung von Computern miteinander, mit anderen Endgeräten und mit dem Internet. Dabei entstehen hochfrequente magnetische Felder. Laut Bundesamt für Strahlenschutz kann bereits eine Strahlenbelastung von einem Milliwatt pro Quadratmeter die Gesundheit beeinträchtigen. Dr. Siegfried Schwarzmüller, Berufsschullehrer und Baubiologe, hat in einem Klassenzimmer nachgemessen und herausgefunden, dass der Grenzwert erst in einem Abstand von 0,5 Metern vor dem Laptop, 1,5 Metern dahinter und drei Metern zum zentralen Zugangspunkt unterschritten wird – in der Praxis kaum ein zuhaltende Entfernungen.

Und selbst dann lehnt Schwarzmüller WLAN im Klassenzimmer ab. Betrachtet werden müsse die Summe der Strahlungen. Da spiele auch das Handy in der Tasche und das schnurlose Telefon zu Hause eine große Rolle. Das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt, auf WLAN am Arbeitsplatz zu verzichten und keine Zugangspunkte in unmittelbarer Nähe der Orte aufzustellen, an denen sich Menschen ständig aufhalten.

Kinder und Jugendliche reagieren erheblich sensibler auf Strahlenbelastungen als Erwachsene. Dennoch gilt diese Warnung auch für normale Arbeitsplätze. Zumal Menschen, die am Bildschirm arbeiten, das häufig den ganzen Tag tun und nicht nur ein bis zwei Unterrichtsstunden.

**Kontakt:**



**Dr. Siegfried Schwarzmüller**  
**Tel.: 062554014**  
**Mail: [sschwarzmueller@gmx.de](mailto:sschwarzmueller@gmx.de)**  
**Bundesamt für Strahlenschutz:**  
**[www.bfs.de](http://www.bfs.de)**

# Kampf der Kinderarmut

## DGB startet Initiative und weist „Nestbeschmutzer“-Kritik zurück Hülsdünker: Investitionen in Bildung stärken Wirtschaftsstandort

Wer A(rmut) sagt, muss auch B(ildung) sagen: Nach Vorlage der alarmierenden Zahlen zur Kinderarmut in Gelsenkirchen geht die DGB-Region Emscher-Lippe in die Offensive und fordert die politisch Verantwortlichen auf, gegenzusteuern – vor allem durch Investitionen in die Bildung.

Nach der Sommerpause will der DGB eine Initiative zur Bekämpfung der Kinderarmut und zur Verbesserung der Bildungschancen starten. Eine Forderung, die laut DGB-Chef Josef Hülsdünker von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sei, denn: „Kinderarmut schwächt den Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen.“

Jedes dritte Kind in Gelsenkirchen ist arm – mit diesem (durch offizielle Zahlen unterfütterten) Hinweis hatte der DGB für Aufsehen gesorgt. 12550 arme Kinder gebe es in Gelsenkirchen, so die Gewerkschaft, Tendenz steigend. Und: Nehme man die Armutsdefinition der EU als Grundlage, lebten in Gelsenkirchen noch weit mehr Kinder am Existenzlimit.

Aus der Politik habe es vereinzelt Kritik an diesem Vorstoß gegeben, sagt Josef Hülsdünker. Tenor: Die Gewerkschaft rede Gelsenkirchen schlecht – wie einst OB Wittke.

Diesen Vorwurf weist Hülsdünker weit von sich: „Kinderarmut ist kein Gelsenkirchenspezifisches Problem, macht sich aber hier besonders stark bemerkbar.“ Davor dürfe man nicht die Augen verschließen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigten, dass Armut bei Kindern zu schwerwiegenden Benachteiligungen führe. So bleibe in Gelsenkirchen eine deutlich höhere Zahl von Schülern ohne Abschluss als im NRW-Durchschnitt. „Armutbenachteiligte Jugendliche bleiben in der Konkurrenz um Ausbildungsplätze auf der Strecke.“

Verschärft würde die Lage dadurch, dass Unternehmen für „Einfach-Arbeitsplätze“ verstärkt formal qualifizierte Fachkräfte einstellten. Heiße: Kinder mit unzureichender Förderung und ohne

Ausbildung hätten auch im Niedriglohnsektor kaum Chancen. Besonders betroffen seien Kinder aus Migrantenfamilien. Hinzu komme: Der Fachkräftebedarf steige enorm.

Das Problem ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht neu: Bereits vor sieben Jahren habe die Lehrer-Gewerkschaft GEW versucht, auf einer Fachtagung im Bildungszentrum das Thema Kinderarmut ins Bewusstsein zu rücken, so Alfons Kunze und Karl Keining (GEW).

Die Funktionäre sind zuversichtlich, dass die Alarmsignale wegen des steigenden Drucks diesmal erkannt werden: „Wenn die Gesellschaft nicht reagiert, werden die Folgen noch katastrophaler.“ Ein Masterplan Bildung fürs Ruhrgebiet müsse her, Bordmittel müssten umgeschichtet werden hin zu mehr Prävention, fordert die GEW unter anderem. Und: Von Land, Bund und EU müsse es mehr Unterstützung geben.

„Die bisherigen Bemühungen reichen einfach nicht aus“, so Josef Hülsdünker.

loc

---

## Kritik an Bundestagsabgeordneten

„Beim Thema Kinderarmut fehlt der Gelsenkirchen-Blick“, kritisiert DGB-Chef Josef Hülsdünker die Bundestagsabgeordneten Joachim Poß (SPD) und Wolfgang Meckelburg (CDU). Diese versteckten sich hinter bundespolitischen Beschlüssen und Kompromissvorhaben. „Das hilft in Gelsenkirchen aber nicht weiter.“ Und: Wer wie die Große Koalition privatem Beteiligungskapital, (Private Equity) einen Steuernachlass von 500 Mio Euro gewähren wolle anstatt diese Summe z.B. in die Bekämpfung von Kinderarmut zu investieren, könne vom DGB keinen Zuspruch erwarten. Abgeordnete sollten lieber Anliegen ihrer Wählerschaft vertreten, so Hüls-



## Kinderarmut: „Es gibt keine einfachen Lösungen“

warnen die SPD. CDU sieht Eltern in der Pflicht.

**Dietmar Dieckmann, SPD**

Der DGB, die Kinderarmut in Gelsenkirchen und die Folgen: Nach dem Vorstoß der Gewerkschaft melden sich nun SPD und CDU zu Wort.

In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten SPD-Ratsfraktion und SPD-Unterbezirk die DGB-Initiative. „Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es beim Thema Kinderarmut einfache Lösungen. Das wäre Augenwischerei“, so SPD-Fraktions-Chef Klaus Haertel.

Arbeitslosigkeit sei gerade in Gelsenkirchen die häufigste Ursache für Kinderarmut. Aber es gebe auch zahlreiche Familien, die vom Arbeitseinkommen nicht leben könnten. Auch eine Verdoppelung der Regelsätze oder des Kindergeldes würde viele Probleme in Schule und Kindergarten nicht lösen. Man müsse deshalb alle Ebenen und Verantwortlichkeiten genau auseinanderhalten, um konkrete Forderungen aufzustellen.

Bei allem Engagement für dieses Thema werde es für die SPD aber auch darauf ankommen zu vermeiden, der Stadt ein Image als Zentrum der Kinderarmut in Deutschland zu verpassen, so SPD-Fraktionsgeschäftsführer Pruin. Trotz des großen Engagements der Verwaltung und von Initiativen (z.B. Tafel) müsse die soziale Infrastruktur verbessert werden, so SPD-Vorsitzender Dietmar Dieckmann. Dabei sei die Stadt auf Unterstützung von außen angewiesen. Vor allem müssten Bildungschancen für alle Kinder geschaffen werden. Hier sei insbesondere die Landesregierung gefordert.

Die CDU betont, dass bei der Kinderarmut nicht die Elternverantwortung vergessen werden dürfe. „Die Daten zur Armutssituation von Kindern in Gelsenkirchen alarmieren uns genauso wie den DGB“, so CDU-Fraktions-Vize Wolfgang Heineberg. Aber: Für die CDU-Fraktion bleibe der primäre Ansatzpunkt zur Bekämpfung der Kinderarmut die Familie. Mit mehr oder weniger diffusen Lösungsforderungen, so der Christdemokrat in Richtung Gewerkschaft, sei aktuell keinem Kind geholfen. Die CDU-Fraktion regt an, die Debatte in einer Sondersitzung des Sozial- und Jugendhilfeausschusses fortzusetzen. Die SPD kündigte an, im Herbst eine Tagung zum Thema durchzuführen.

loc



**Poß will breiten Dialog**

SPD-MdB Joachim Poß weist „persönliche Schuldzuweisungen“ des DGB-Chefs Josef Hülsdünker zum Thema Kinderarmut zurück. Eine Reihe von Maßnahmen seien von der SPD im Bund gegen Arbeitslosigkeit eingeleitet worden. Trotzdem bleibe viel zu tun. Auf örtlicher Ebene sollte ein „breiter Dialog aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte über Verbesserungen staatlicher Leistungen durch Bund und Land sowie lokaler Hilfsangebote“ geführt werden, so Poß **WAZ: 29.06.2007**

Susanne Schilling  
Hilgenboomstraße 20  
45884 Gelsenkirchen

Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen  
Frank Baranowski  
Rathaus Buer  
Goldbergstraße 12  
45875 Gelsenkirchen

Betr.: Anstellungskriterien für das Personal im offenen Ganztags

Sehr geehrter Herr Baranowski,

als Bürgerin der Stadt Gelsenkirchen möchte ich Sie über folgenden Sachverhalt informieren:

Auf Anfrage der Gemeinschaftsgrundschule an der Schonnebecker Straße, Turmschule, arbeite ich seit Oktober 2004 ehrenamtlich als Lesemutter. Aufgrund der sehr erfolgreichen Zusammenarbeit und meiner intensiven Einzelförderung eines Kindes mit Migrationshintergrund, kam die Schulleitung auf mich zu, um mir eine Stelle als Ergänzungskraft im offenen Ganztags anzubieten.

Ich wurde auf meine Bewerbung hin zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Dieses Gespräch fand am Montag, dem 14.05.07, mit der Schulleiterin Frau Schwede, Konrektorin Frau Ostermann, Herrn Mohr und Frau Hamink von der Mitarbeitervertretung des evangelischen Jugendpfarramts des Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid statt. Am Ende des von allen Beteiligten als positiv empfundenen Gesprächs, stellte Herr Mohr mir die für mich überraschende Frage nach meiner Konfession. Ich bin am 18.02.1991 aus der katholischen Kirche ausgetreten. Meine Anstellung wurde abhängig von meinem (Wieder-)Eintritt in die Kirche gemacht.

Nach dieser Aussage habe ich mich mit dem unmittelbaren Vorgesetzten von Herrn Mohr, Herrn Fischer und dem Superintendenten Herrn Höcker, in Verbindung gesetzt.

In den Gesprächen wurde mir nochmals bestätigt und deutlich gemacht, dass Konfessionslose und Angehörige nicht-christlicher Konfessionen ebenfalls auch keine Aussicht auf eine Anstellung gehabt hätten.

Die Turmschule steht für und lebt Toleranz und Integration, welche Teil des Schulprogramms sind. Grundschulen wie die Gemeinschaftsgrundschule an der Schonnebecker Straße, Turmschule, verfügen über einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Diese benötigen Ansprechpartner, die ihre Interessen vertreten und sie fördern, die nicht vordergründig einer bestimmten Konfession angehören sollten. Wenn ich richtig informiert bin, wird der offene Ganztags durch öffentliche Mittel finanziert. Nicht verwendete Finanzmittel fließen an die Träger, in diesem Fall an die Trägerchaft des evangelischen Jugendpfarramts des Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid, zurück.

Aus all den genannten Gründen ist es mir ein großes Anliegen auf diese Situation hinzuweisen, dass das Personal für die offene Ganztagschule der **städtischen** Gemeinschaftsschule zurzeit von der Trägerchaft des Jugendpfarramts nicht nur nach Qualifikationen, sondern nach Konfessionen ausgewählt wird. Dieser Umstand ist in meinen Augen für eine **städtische** Schule wie die Turmschule unfassbar und untragbar.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es mir nicht in erster Linie um mein persönliches Interesse geht, sondern um das Wohl der Schulkinder in Gelsenkirchen.

Mit freundlichen Grüßen  
Susanne Schilling

07.03.2007

### Brief an den Stadtverband

Realschule an der St.-Michael-Straße  
- Kollegium –  
St.-Michael-Straße-1  
45896 Gelsenkirchen

GEW, Stadtverband GE

### Klassenfahrten – Reisekostenerstattung

Sehr geehrter Herr Kunze,

ein wichtiger Bestandteil unserer pädagogischen Arbeit ist das Klassen- und Kursfahrtkonzept unserer Schule. Entwickelt und festgehalten in der

Schulprogrammarbeit haben wir hier verschiedene Schwerpunkte gesetzt: Kennenlernfahrt in der Jahrgangsstufe 5, Sucht- und Drogenprävention in der Jahrgangsstufe 6, themenorientierte Kursfahrten (z.B. Schüleraustausch) in der Jahrgangsstufe 8, eine Abschlussfahrt in der Jahrgangsstufe 10 sowie Seminarfahrten der Theater AG und der SV.

Dieses Konzept konnte bisher nur umgesetzt werden, weil **alle** Kolleginnen und Kollegen unserer Schule einen **Großteil** der entstehenden Kosten selbst gezahlt haben.

Der durch die Bezirksregierung Münster bereitgestellte Betrag von 0,80 € pro Schülerin/Schüler bedeutet für unsere Schule einen Betrag von rund 380,- € pro Kalenderjahr.

Das ist ein Betrag, der die entstehenden Kosten bei weitem nicht deckt und der noch unter dem im Landesreisekostengesetz festgelegten Betrag bleibt.

Für das Klassenfahrtenkonzept unserer Schule bedeutete das beispielsweise, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen für das Jahr 2005 einen Anspruch von **3,09 € pro Tag** hatten.

Die tatsächlich entstehenden Kosten belaufen sich aber bspw. für das Seminar zur Sucht- und Drogenprävention in der Jahrgangsstufe 6 auf ca. **80,- €** - Erstattungsbetrag **9,27 €** für die Abschlussfahrt in der Jahrgangsstufe 10 rund **200 €** - Erstattungsbetrag **15,45 €**

Dieser Zustand ist für uns nicht länger haltbar und wir stellen fest:

- Die von uns geleistete Arbeit wird von unserem Arbeitgeber nicht nur nicht vollständig bezahlt, sondern wir müssen zusätzliche finanzielle Leistungen erbringen.
- Unser Arbeitgeber will die pädagogisch wichtigen Klassenfahrten, unternimmt aber keinerlei Anstrengungen, den Etat auf das notwendige Maß zu erhöhen. Statt dessen
- wird die Diskussion und die Entscheidung über die Verteilung der geringen vorhandenen Gelder den Schulen und den einzelnen Beschäftigten zugemutet.
- Die Höhe des Arbeitsentgeltes ist keinesfalls ein Verhandlungsgegenstand, den Arbeitnehmer untereinander in beliebiger Weise aushandeln können.

Aus diesem Grund werden wir zwar die bereits geplanten Fahrten in diesem Schuljahr noch durchführen, aber:

**Ab dem kommenden Schuljahr werden wir das Klassenfahrtenkonzept nur im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Reisekosten umsetzen, bis eine befriedigende Klärung der Bezahlung der Reisekosten durch die Landesregierung / die Bezirksregierung erfolgt ist. Dazu muss der Etat für Reisekosten so aufgestockt werden, dass die für die Beschäftigten entstehenden Kosten vollständig vergütet werden.**

Da die Bildung oberste Priorität besitzt, wie den verschiedenen Verlautbarungen auch von Ihrer Seite zu entnehmen ist, gehen wir davon aus, dass Sie unser Anliegen unterstützen, damit die pädagogisch notwendigen Klassenfahrten in Zukunft weiter durchgeführt werden können.

Mit freundlichen Grüßen  
Das Kollegium  
der Realschule an der St.-Michael-Straße

---

## Identifikationsnummer fürs Finanzamt

In diesem Jahr erhält jeder Bundesbürger – vom Säugling bis zum Greis - eine **Identifikationsnummer**. Die ersetzt die bisherige Steuernummer und begleitet ihn dann sein ganzes Leben lang – und weit darüber hinaus. Denn die Identifikationsnummer soll bis zu 20 Jahre nach dem Tod gespeichert bleiben.

Los geht es am **01. Juli 2007**. Um die notwendige Datenbasis zu schaffen, werden die **persönlichen Daten** von 80 Millionen Bundesbürgern gesammelt und zentral beim Bundeszentralamt für Steuern zusammengeführt. Diese Daten lagern derzeit noch bei Tausenden von einzelnen Behörden. Wenn dann alle „Karteileichen“ und Dubletten herausgefiltert sind, bekommt jeder Bürger die unveränderliche Identifikationsnummer verpasst.

Und warum das Ganze? Laut Bundesregierung soll mithilfe der Steuer-ID das **Lohnsteuerabzugsverfahren** vereinfacht werden. Außerdem kann der Fiskus die Alterseinkünfte direkt für die Steuererklärung erfassen. Überhaupt soll nicht nur die **Besteuerung**, sondern die gesamte Verwaltung **einfacher, unbürokratischer und effektiver** werden. Es ist von einer „historischen“ Chance die Rede, die dezentralen Melderegister in ganz Deutschland zusammenzuführen und zu korrigieren. Ob das

gelingt, muss sich allerdings erst noch herausstellen.

Auf einem ganz anderen Blatt steht der Datenschutz. Sind mit der Steuer-ID die **grundgesetzlichen Rechte** des Einzelnen in Gefahr? Droht die **Totalerfassung** aller Bürger durch ungebremsen Datenaustausch? Droht gar der **Missbrauch** persönlicher Daten? Bis jetzt hatten Datenschützer eine Personenkennziffer immer abgelehnt. Das Bundes-

verfassungsgericht hatte 1969 eine Bürgernummerung für verfassungswidrig erklärt. Allerdings: Der **Bundesdatenschutzbeauftragte** Peter Schaar hat der neuen ID-Nummer **zugestimmt**. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei der Steuer-ID eben nicht um eine Personenkennziffer. Alle parlamentarischen Hürden sind genommen. Das heißt: Im Laufe dieses Jahres kommt die neue Nummer.

**red.**

---

## Wenn das Schulumt nach 6-wöchiger Erkrankung zum Gespräch einlädt... Betriebliches Eingliederungsmanagement

Für die meisten unter uns ist der Begriff **Betriebliches Eingliederungsmanagement** – kurz BEM – unbekannt. Deshalb löst ein entsprechendes Schreiben des Schulumtes bei erkrankten Kolleginnen und Kollegen Unsicherheit, Angst und auch Unmut aus. Solche Reaktionen sind vom Dienstherrn nicht gewollt, werden aber ausgelöst, weil diese Fürsorgemaßnahme im Kollegenkreis noch unbekannt und neu ist. Mit dieser Information wollen wir Sie über den Sinn des BEM informieren:

### Gesetzliche Grundlage zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement

Das zum 01.05.2004 veränderte SGB IX (Sozialgesetzbuch) enthält im § 84 ein neues Instrument zur gesundheitlichen Prävention am Arbeitsplatz. Damit sind Anstrengungen gemeint, die dazu beitragen sollen, Arbeitsunfälle, Berufserkrankungen und Arbeitsunfähigkeiten zu vermeiden.

Die neue Vorschrift zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (§ 84 Abs. 2) gilt gleichermaßen für schwerbehinderte wie auch für nicht behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber, vertreten durch das Schulumt, ist verpflichtet, ein entsprechendes Angebot zum betrieblichen Eingliederungsmanagement zu unterbreiten. Der genaue Gesetzestext findet sich im Anhang.

### Anlass

Das Präventionsangebot greift, wenn Lehrerinnen und Lehrer innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr länger als sechs Wochen arbeitsunfähig sind. Diese Arbeitsunfähigkeit kann ununterbrochen oder in Teilabschnitten vorliegen.

### Einladung

Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden nach 6 Wochen Fehlzeit innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr von der Schulaufsicht zu einem Beratungsgespräch eingeladen.

### Beratung durch den Personalrat

Sie können bzw. sollten sich vor einem solchen Beratungsgespräch in der Dienststelle mit Ihrem Personalrat und/oder Ihrer Schwerbehindertenvertretung in Verbindung setzen.

In diesem Beratungsgespräch kann es darum gehen:

1. Können schulbetriebliche Gründe für die Erkrankung isoliert werden?
2. An welchen Stellen ist mein Arbeitsplatz mit Schwierigkeiten und Schwachstellen behaftet (Organisation, Rahmenbedingungen, Zusammenarbeit mit KollegInnen und Vorgesetzten)?
3. Welche Arbeitsbereiche und Tätigkeiten möchte ich unbedingt beibehalten?
4. Was müsste verändert werden, damit meine Arbeit für mich persönlich zufriedenstellender werden könnte?
5. Welche innerschulischen Erleichterungen könnten mir behilflich sein, dass meine Gesundheit in Zukunft stabiler sein könnte (z.B. Supervision, Lehrerfortbildung)?
6. Kommt für mich eventuell auch ein Schulwechsel in Betracht?
7. Wie ist das weitere Vorgehen (Zustimmung/Ablehnung zum BEM)?

### Zustimmung/Ablehnung

Die Betroffenen erklären nach der Beratung ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einem Präventions-

gespräch oder sie lehnen dieses zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab und bitten um Verschiebung, weil z.B.

- ein stationärer Klinikaufenthalt vorliegt,
- eine Therapie gerade erst begonnen wurde,
- eine Reha-Maßnahme abgewartet werden muss,
- der Dienst in wenigen Tagen wieder aufgenommen wird.

Außerdem erfordert nicht jede Erkrankung über 6 Wochen ein BEM.

Eine grundsätzliche Ablehnung birgt jedoch das Risiko einer zügigen Überprüfung der Dienstfähigkeit durch den Amtsarzt nach 3 Monaten Fehlzeit.

Schließlich erklären die Betroffenen im Fall einer Zustimmung zum Präventionsgespräch, ob sie die Teilnahme eines Personalratsmitgliedes und ggf. der Schwerbehindertenvertretung wünschen.

### **Präventionsgespräch**

Abhängig von der Zustimmung der/des Betroffenen, wird zu einem Präventionsgespräch im Schulaufgabenamt eingeladen. Daran nehmen teil:

- die betroffene Lehrkraft,
- der zuständige Schulaufsichtsbeamte,
- ein Mitglied des Personalrates – auf Wunsch der Lehrkraft -,
- die Schwerbehindertenvertretung – bei schwerbehinderten Kollegen auf Wunsch der Lehrkraft -.

Gemeinsam soll geklärt werden, mit welchen Maßnahmen der Arbeitsplatz ausgestaltet und gesichert werden kann. Dabei können u.a. besprochen werden:

- die Belastungssituation am Arbeitsplatz,
- evtl. Art und Umfang einer Wiedereingliederung mit reduzierter Arbeitszeit,
- evtl. Reduzierung der Arbeitszeit, ggf. auch Teildienstfähigkeit,
- innerbetriebliche Hilfsangebote und Maßnahmen,
- Veränderung des Stundenplanes,
- geänderter schulischer Einsatz,
- Versetzung an eine andere Schule,
- Supervisionsangebote.

### **Präventionsplan**

In der Summe münden die getroffenen Vereinbarungen in einen Präventionsplan ein.

### **Evaluation der Prävention**

Der Personalrat hält es für sinnvoll, dass der Erfolg der Präventionsmaßnahmen in jedem Einzelfall überprüft wird und ggf. der Präventionsplan angepasst wird.

### **Datenschutz**

Nicht die Art der Erkrankung und andere Fragen zur Gesundheitsprognose sind Inhalte des Gespräches mit der Dienststelle. Die Gesprächsinhalte sind beschränkt auf die Auswirkungen der Erkrankung auf die Tätigkeit und auf mögliche betriebliche Ursachen.

Die Offenlegung der persönlichen Daten und eine Weiterleitung unterliegt der Zustimmung der betroffenen Lehrkraft.

Alle Beteiligten unterliegen der Schweigepflicht und dem gesetzlichen Datenschutz.

Jeder Einzelschritt im BEM-Verfahren ist von der Zustimmung der betroffenen Lehrkraft abhängig.

### **Weitere Begleitung**

Im gesamten Verfahren kommen der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat eine besondere Verantwortung zu: Sie müssen überwachen und kontrollieren, ob die Dienststelle bzw. die Schulleitung sich an getroffene Vereinbarungen hält. Missachtet der Arbeitgeber die Präventionspflicht nach § 84, liegt ein Verstoß gegen geltendes Recht vor. Deshalb ist die Dokumentation der getroffenen Vereinbarungen notwendig.

### **Anhang**

#### **Auszug aus: Sozialgesetz (SGB) Neuntes Buch (IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen § 84 Prävention**

*(2) Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Arbeitgeber mit der zuständigen Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem mit der Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung der betroffenen Person die Möglichkeiten, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement). Soweit erforderlich, wird der Werks- oder Betriebsarzt hinzugezogen. Die betroffene Person oder ihr gesetzlicher Vertreter ist zuvor auf die Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie auf Art und Umfang der hierfür erhobenen und verwendeten Daten hinzuweisen. Kommen Leistungen zur Teilhabe oder begleitende Hilfen im Arbeitsleben*



in Betracht, werden vom Arbeitgeber die örtlichen gemeinsamen Servicestellen oder bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen. Diese wirken darauf hin, dass die erforderlichen Leistungen oder Hilfen unverzüglich beantragt und innerhalb der Frist des § 14 Abs. 2 Satz 2 erbracht werden. Die zuständige Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem die Schwerbehindertenvertretung, können die Klärung verlangen. Sie wachen darüber, dass der Arbeitgeber die ihm nach dieser Vorschrift obliegenden Verpflichtungen erfüllt

Gerd Weidemann

## Der neue Basistarif in der privaten Krankenversicherung



Dr. Simone Leiber  
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung

Gemessen an den zeitweise diskutierten Plänen eines Umbaus des deutschen Krankenversicherungssystems zur Bürgerversicherung fallen die Veränderungen für die private Krankenversicherung im nun beschlossenen Reformgesetz sehr gering aus. Eine Bürgerversicherung hätte die Trennung des deutschen Gesundheitssystems in Gesetzliche (GKV) und Private Krankenversicherung (PKV) aufgehoben. Diese deutsche Art der Systemtrennung ist in Europa einzigartig. In den meisten europäischen Nachbarländern beruht das Hauptgeschäft der PKV nur auf Zusatzversicherungen.

Interessanterweise herrscht in der Wissenschaft – anders als in der Politik – ein breiter Konsens darüber, dass eine Überwindung dieser Trennung sinnvoll gewesen wäre. Denn zwischen PKV und GKV finden ungerechte Selektionsmechanismen statt. Dass sich Selbstständige und Beamte sowie einkommensstarke Angestellte mit guten Gesundheitsrisiken dem Solidarsystem der GKV systema-

tisch entziehen können, hat die Einnahmesituation der GKV in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Dies erzwang Leistungskürzungen und Beitragssatzsteigerungen in der GKV, was wiederum andere freiwillig Versicherte zum Wechsel bewegen dürfte.

Auch innerhalb der PKV gab es bisher keineswegs ein funktionierendes Wettbewerbssystem. Die Annahme, private Versicherungen seien automatisch mit mehr Wettbewerb verbunden als gesetzliche, ist ein hartnäckiger Mythos. War der Vertrag einmal abgeschlossen, konnten die PKV-Mitglieder bei einem Wechsel ihre Altersrückstellungen zum neuen Versicherer nicht mitnehmen, weshalb kaum ein Versicherter wechselte.

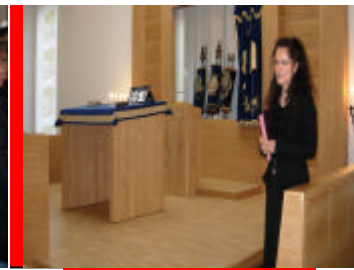
Übrig geblieben von den einst ehrgeizigen Reformplänen ist nun lediglich die Einführung eines neuen Basistarifs in der PKV – ein zaghafter Schritt in Richtung mehr Wettbewerb und Solidarität auch in der PKV. Doch selbst dieser Reformschritt wurde in der letzten Phase des Gesetzgebungsverfahrens noch einmal abgeschwächt. Nach dem ursprünglichen Konzept der Regierung hätten alle Bürger, auch wenn sie schon in der PKV sind, in den günstigen Basistarif wechseln können. Nun haben Altkunden der PKV lediglich im ersten Halbjahr 2009 sechs Monate lang die Option, in den Basistarif eines anderen privaten Krankenversicherungsunternehmens zu wechseln. Ab dann können sie nur noch in den Basistarif ihrer eigenen PKV übertreten und dies auch nur dann, wenn es sich um Bedürftige oder über 55-Jährige handelt. Die etwa acht Millionen privat Versicherten werden im ersten Halbjahr 2009 massiv unter Druck geraten. Sie müssen eine nicht korrigierbare Entscheidung über ihren künftigen Versicherungsschutz treffen. Dabei können sie zu diesem Zeitpunkt gar nicht absehen, welches Unternehmen dauerhaft das beste Angebot leisten wird.

Die Einigung zur Gesundheitsreform bleibt damit nicht nur weit hinter einem überzeugenden Wettbewerbskonzept zurück, sie ignoriert auch die positiven Erfahrungen europäischer Nachbarländer. So boten z.B. die niederländischen privaten Krankenversicherer bis vor kurzem nicht nur Basistarife an, sie waren auch über Sonderzuschüsse an der Finanzierung des gesetzlichen Systems beteiligt. Das zeigt: Es kann funktionieren, wenn auch die Privatversicherten ihren Teil zum Solidarausgleich beitragen. Es kann durchaus gelingen, private Versicherungsunternehmen in ein Wettbewerbsmodell und gleichzeitig in ein solidarisches Gesundheitssystem einzubinden.

Dr. Simone Leiber

---

***GEW-Geschäftsstelle***  
**Essener Straße 88**  
**45899 Gelsenkirchen**  
**Tel.: 0209 / 51 37 59**  
**Fax: 0209 / 51 42 07**  
**[www.gew-gelsenkirchen.de](http://www.gew-gelsenkirchen.de)**



Am 09.05.2007 besuchte die Fachgruppe Grund- und Hauptschule die neue Synagoge in Gelsenkirchen.

Das Interesse war sehr groß. Ein Besuch mit Führung ist sicherlich empfehlenswert.

red.



Anlage zur GE – W

# Othello auf dem Thespiskarren

Ulrich Penquitt bringt den Shakespeare-  
Klassiker zusammen mit Regisseur  
Gregor Leschig auf Haus Lüttinghof in den  
Sommerwochen heraus

Ein großes Projekt mit möglichst geringen Mitteln realisiert: Ulrich Penquitt (Trias-Theater) wagt sich an William Shakespeares Tragödie „Othello“ in einer eigenen Fassung – für nur einen Schauspieler! Regie führt Gregor Leschig, mit dem der Gelsenkirchener schon oft erfolgreich zusammenarbeitete. Die Premiere findet am 10. August auf Haus Lüttinghof im äußersten Stadtnorden statt. Beginn: 21.00 Uhr – es handelt sich um eine Open-air-Aufführung.

„Diese Inszenierung wirft viele aktuelle Fragen auf“

Gespielt wird nicht im Innenhof der Wasserburg, sondern im Biergarten. „Ich möchte diesen Ort für meine Arbeit auf Dauer sichern. Das neue Pächter-Ehepaar Meck kommt mir mit viel Interesse entgegen.“ Sollte es regnen, wechselt Penquitt mit seinem Thespiskarren ins Innere des historischen Gemäuers. „Deshalb lege ich die Produktion so an, dass wir mit ganz wenig Aufwand Theater machen – wie es in der Antike oder im Mittelalter der Fall war.“

Weitere Termine mit dem Klassiker „Othello“, der seine Frau wegen vermeintlicher Untreue tötet, stehen auf Lüttinghof für den 11. August sowie für den 24. und 25. September an. Im Revierpark Nienhausen gibt Ulrich Penquitt den „rasenden Mohr“ am 01. September, im Museumsgarten an der Horster Straße am 7. September. Info und Karten: ☎ 39169, we-mail: [info@triasstheater.de](mailto:info@triasstheater.de).

Penquitts Flexibilität und Vielseitigkeit machen ein Überleben auf dem Gebiet der freien Kultur möglich. Er gibt Lesungen, steht im Fletch Bizzel in Dortmund auf der Bühne (in Dario Fos Spaß „Bezahlt wird nicht“ – nächste Vorstellung am Samstag, 09. Juni), tourt mit insgesamt acht Eigenproduktionen durch die Lande – zwischen Singen und Bremen, Attendorn und Kevelaer. Mit seinem Stück über den Hitler-Attentäter „Elser“ hat er Erfolg bei Schulen oder Jugendzentren. „Diese Inszenierung wirft viele aktuelle Fragen von Politik und Gesellschaft auf. Es eignet sich als Diskussionsgrundlage für Themen wie Gewalt, Rechtsradikalismus, Eigenverantwortung usw.“

Mit Ulrike Brockerhoff und André Wülfig vom Consol Theater entwickelt er seit Monaten ein Projekt über „Hörstücke 06“. Nach dem Dialog „Love Letters“ sollen weitere Lesungen unter dem Signet „Geschichten auf Consol“ folgen.

Zusammen mit Kollegen aus der freien Kultur wie Gees, Lüke, Mauß, Rybarski, Sternkopf u.a. bastelt er an einem „attraktiven Konzept der Freien für das Kulturhauptstadt-Jahr 2010.“

WAZ: 05. Juni 2007



Ulrich Penquitt vom Trias-Theater richtet Shakespeares „Othello“ für einen einzigen Schauspieler ein. Im Repertoire kann der Theatermacher



## **Einladung**

### **zu einem Theaterabend**

am Dienstag, dem 23. Oktober 2007  
im Consol Theater  
Bismarckstraße 240, 45889 Gelsenkirchen

**Beginn: 19.30 Uhr**

Einlass: 19.00 Uhr

Eintritt für GEW-Mitglieder frei.  
Nichtmitglieder zahlen 8,- € an der Abendkasse.

**Trias Theater Ruhr**

mit *Othello*



Weg vom Kirchturmdenken:  
**„masterplan Bildung Ruhrgebiet“**  
mit regional übergreifender Ausrichtung

**Das Ruhrgebiet muss sich mit „Bildungsbenachteiligung“ und „demographischer Entwicklung“ genauso viel Mühe geben wie zum Beispiel mit:**  
Masterplan Ruhr der G 8 mit 15 Zuständigkeiten in den Städten, Masterplänen für Logistik, Schienenanschlüsse, Emscher, Wirtschaftsförderung, Emscher-Landschaftspark,  
mit: Ruhrgebietstourismus, Raum- und Siedlungsplanung, Kulturhauptstadt 2010, Außendarstellung. ...

Vorschlag der AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet (Stand 06, Juni 2007):

**Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020**

**Schwerpunkt: Bildung von null bis zehn**

5 Bausteine „für nachhaltige strukturelle Änderungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung“

## BAUSTEIN 1

### *Kleinraumborschung und Bildungsmonitoring*

- benennen die Stadtteile, Straßenzüge (prioritäre Bildungsbereiche): Wo leben die Bildungsverlierer?
- Planung, Finanzierung und Durchführung von gezielten und strukturell verankerten Reaktionen im Ruhrgebiet

## BAUSTEIN 2

### *Prävention durch Frühförderung*

- „Krippen“, Familienzentren, Grundschulen mit Ganztagsbetreuungs- und –bildungsangeboten passgenau in die Stadtviertel mit Bildungsbenachteiligung (Sozialraumbezug)
- niederschwelliges Kontakt-, Beratungs- und Hilfsangebot, u.a. bezogen auf die Erziehungskompetenz von Eltern
- Betreuungsschlüssel 1:7; Höherqualifizierung und Weiterbildung der ErzieherInnen und Lehrkräfte
- Integriertes pädagogisches Gesamtkonzept/Curriculum für den Elementar- und Primarbereich mit Modulen für: Sprachförderung, Umgang mit Migrationshintergrund, Medien, Naturwissenschaften, ästhetische Bildung, Methodik, Ernährung, Bewegung
- Voraussetzung für die Vernetzung des Sozialraumes durch die Kommune schaffen

## BAUSTEIN 3

### *Vernetzungen und Kooperation in übersichtlichen Förderstrukturen*

- des vorschulischen und schulischen Bereichs mit den Fachbereichen der Kommune und freien Träger
- zwischen Gesundheitsfürsorge – Jugendhilfe – Schule, hier z.B. Sicherung der Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U 9 mit Nutzen der Ergebnisse für individuelle Frühförderung und therapeutische Maßnahmen
- mit „Bündnis für Familie“

- mit ehrenamtlichen Potenzialen / bürgerschaftlichem Engagement, „Seniorexperten“, Stadtteilnetzwerken.  
...

(Bei solcher Komplexität kann eine übersichtliche Förderstruktur nur von zusätzlichem Personal geleistet werden. *Beispiel:* Für das „Netzwerk Essen-Katernberg“ wurde eine Stelle ausschließlich für Prävention geschaffen. Schon jetzt ist ein Finanzeffekt für den Jugendhilfeetat der Stadt Essen nachweisbar.)

## BAUSTEIN 4

Schaffung von Synergieeffekten durch eine Bildungsagentur

- Entwicklung und Umsetzung einer Koordinierungsstelle „Bildung von null bis zehn Jahre“ mit Bildungsmonitoring und Projektdatenbank für den Elementar- und Primarbereich
- Beratung von Kommunen in spezieller Bildungspolitik für benachteiligte Kinder in ihren Sozialräumen
- Förderdatenbank zur individuellen Förderung entsprechend der Lernausgangslage / Schulfähigkeitsprofil entsprechend dem Entwicklungsstand der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern
- Information und Beratung über Programme von Bund, Land, EU, Stiftungen, ... (Beispiel: Gesundheitshaus)
- Aquirierung von Fördergeldern Bund, EU, Stiftungen (Schulen und Kindergärten sollen sich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren können.)

## BAUSTEIN 5

Beantragung von Finanzmitteln aus Europäischen Fördertöpfen

**in Höhe von zig Millionen Euro aus EFRE 2007 bis 2013 UND ESF 2007 bis 2013: „Wettbewerbsbeitrag“ mit Anknüpfung an das Operationelle Programm des EFRE, strategisches Ziel 3:**

„Förderung einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“ als Reaktion auf „demographische Entwicklung“ soll da wirksam werden, wo sich eine

- „Konzentration benachteiligter Bevölkerung“
- „Veränderung der Bewohnerstruktur durch hohe Anteile (junger) Zuwanderer“
- „niedrige Qualifikation der jungen Bevölkerung“

befindet.



## „Die lautlose Katastrophe

Die allgemeine demographische Entwicklung hat eine Ruhrgebiets-spezifische Seite: Die lesefähige und –willige deutsche Bevölkerung nimmt ab, und die leseunfähige oder –unwillige ausländische Bevölkerung<sup>3</sup> nimmt zu. Die sich daraus ergebenden Probleme wurden zu lange ignoriert, oder, weil es als politisch korrekt galt, darüber gar nicht erst zu reden, unter den Tisch gekehrt. ... Das Ruhrgebiet müsste Vorreiter sein: Die Antworten, wie man Parallelgesellschaften integriert, werden hier gegeben, wo sie existieren. ... Und die Entscheidungsstrukturen im und für das Ruhrgebiet werden darauf überprüft, ob sie einen solchen Aufbruch eher fördern oder verhindern.“

Ulrich Reitz, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 08. Februar 2006

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

*Anknüpfend an die Aussage des Chefredakteurs der WAZ: Die Verantwortlichen für die Entscheidungsstrukturen im Bildungsbereich sind bestenfalls gerade aus den Startblöcken. Gemessen am Problemdruck müssten sie auf der „Laufbahn“ längst in die erste Kurve einbiegen.*

*Welch ein Gerangel und Gewürge um Krippenplätze und KiTa-Finanzierung! Wie unzureichend die Mittel in zahlreichen Offenen Ganztags-Grundschulen.*

Es ist Ihre Erfahrung: In unserer Region vererben sich Armut und soziale Ungleichheit. Der Sozialbericht 2007 des Landes NRW zeigt auf: Jedes 4. Kind ist arm. In den bekannten Straßenzügen und Häuserblöcken sind es bis zu 100 %.

Mit den bekannten Folgen für seelische und körperliche Gesundheit.

Der Startnachteil bei der Lernausgangslage ist nicht mehr aufzuholen.

Die Wirtschaftsgesellschaft kann es sich nicht leisten, hier zukünftiges Fachkräftepotenzial brach liegen zu lassen. Rein pädagogisch mit noch so

vielen Karteien in Lernstudios, mit noch so vielen Konferenzen, Regionalgruppen, ... wird sich das Problem nicht lösen lassen. Nachhaltige Lösungen sehen anders aus!

„Vom Wiegen wird die Sau nicht fetter“:  
Praxisferne vorschulische Sprachtests – Lernstandserhebungen – Bildungsvereinbarungen – Schulreifepprofil – Qualitätsentwicklung – Schulinspektionen – eigenständige Schule ... sind ohne entsprechende Ressourcen kein Instrument des Umsteuerns, sondern eine weitere Drehung an der Belastungsschraube.

Es kommt auf die materiellen Lern- und Arbeitsbedingungen in Kindergarten und Grundschule an.

Die AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet stellt der Öffentlichkeit auf Basis der *Operationellen Programme des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007 bis 2013* ein handwerklich und finanziell machbares Gesamtkonzept für eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet dar

Brigitte Schumann, Lothar Jacksteit, Karl Keining, Alfons Kunze, Norbert Müller, Gerd Weidemann

<sup>3</sup> Anmerkung des Verfassers: Selbstverständlich haben wir auch die leseunfähigen und -unwilligen Gruppen innerhalb der deutschen Bevölkerung mit im Blick.

- SPD-Fraktion im RVR
- CDU-Fraktion im RVR
- Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion im RVR
- FDP-Fraktion im RVR
- Die Linke/PDS-Fraktion im RVR
- Herrn Eberhard Weber,  
Arbeitnehmergruppe
- Herrn Tillmann Neinhaus,  
Gruppe Wirtschaftsorganisationen
- Herrn Heinz Dieter Klink,  
Regionaldirektor des RVR
- Herrn Dr. Rommelspacher  
stellvertretender Regionaldirektor

[www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de](http://www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir möchten Sie bekannt machen mit der Initiative „Masterplan Bildung für das Ruhrgebiet“, die von einem Ruhrgebiets-Verbund der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft getragen wird. Unser Schwerpunkt ist „Bildung von null bis zehn“.

Wir haben seit Februar 2006 Bausteine für einen Masterplan Bildung Ruhrgebiet mit dem Schwerpunkt *Frühförderung und Prävention* entwickelt (Anlage) und auf informeller Ebene mit Fachleuten diskutiert. Im Mai 2007 haben wir die Firma TNCT in Oberhausen beauftragt, für dieses Konzept Fördergelder der Europäischen Union zu beantragen.

Zusammen mit freien Trägern, Wohlfahrtsorganisationen, Wissenschaftlern, ... sind wir in großer Sorge um die Zukunftschancen vieler Kinder des Ruhrgebietes. Soziale Lage und Bildungsbenachteiligung stehen in engem Zusammenhang. Zahlreiche Studien benennen die sozialräumlich extrem ungleiche Verteilung von Bildungschancen in Verbindung mit der wachsenden Kinderarmut („Sozialbericht 2007“) und der demographischen Entwicklung als Kern-

## Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

AG Masterplan Bildung  
Ruhrgebiet

c/o Karl Keining  
Kastanienweg 9  
46236 Bottrop kkeining [c@compuserve.de](mailto:c@compuserve.de)

c/o Alfons Kunze  
alfons.kunze@freenet.de

Bottrop / Gelsenkirchen  
14. Juni 2007

probleme für die Entwicklung des Ruhrgebietes.

Die „AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet“ verweist auf das Initiativpapier „Bildungsoffensive Ruhrgebiet 2020“ der BürgermeisterInnen und OberbürgermeisterInnen von Juli 2004, ebenso auf den Beschluss des RVR-Parlaments von November 2004, einen Masterplan Bildung Ruhrgebiet zu starten. Bis jetzt ist eine Umsetzung allerdings nicht in Angriff genommen.

Wir sehen bei „Bildung von null bis zehn“ eine hohe Übereinstimmung mit den Programmen aller Parteien. Familienzentren müssen allerdings entsprechend finanziert und sozialräumlich punktgenau platziert sein.

Die Operationellen Programme des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE)

und des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007 bis 2013 liegen mit ihren Regionalanalysen völlig richtig. Es ist vorausschauend, die „Berücksichtigung der städtischen Dimension und der demographischen Entwicklung“ zum Querschnittsziel des EFRE-Gesamtprogramms zu machen.

Ein wichtiges Element unserer Konzeption ist die Einrichtung einer regionalen Bildungsagentur zur Koordinierung der vielfältigen und komplexen Aktivitäten: Bildung im Bereich des Regionalverbands Ruhrgebiet bedarf einer ganzheitlichen, nachhaltigen Lösung und der Zusammenarbeit der Kommunen.

Bildung im Bereich des Regionalverbands Ruhrgebiet bedarf einer ganzheitlichen, nachhaltigen Lösung und der Zusammenarbeit der Kommunen.

Wir bitten Sie, sich in der Versammlung dafür einzusetzen, dass Fördergelder der EU auch für „Bildung von null bis zehn“ akquiriert werden. Einen diesbezüglichen Wettbewerbsbeitrag werden wir in Kürze einreichen. Auch hoffen wir auf das Interesse des RVR, die Trägerschaft für eine erforderliche Bildungsagentur zu übernehmen (siehe Baustein 4 in der Anlage).

Wir würden uns freuen, Sie für diese Gestaltungsaufgabe gewinnen zu können und würden gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Karl Keining, GEW Bottrop

•

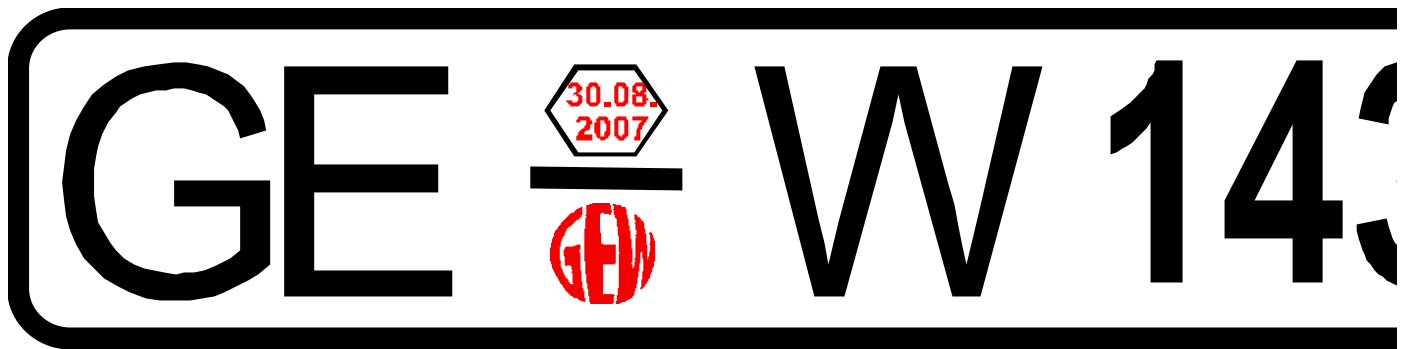
Alfons Kunze, GEW Gelsenkirchen  
Norbert Müller, GEW NRW

**Anlage:** 5 Bausteine für einen Masterplan  
Bildung Ruhrgebiet

**nachrichtlich:**

- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW
- Ministerium für Bauen und Verkehr NRW
- Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
- SPD Mitglieder des Ruhrgebietes im Landtag NRW
- DGB Regionen im Ruhrgebiet
- Schuldezernenten
- Städtetag NRW
- Städte- und Gemeindebund NRW
- Initiativkreis Ruhrgebiet
- Deutscher Kinderschutzbund
- Arbeiterwohlfahrt
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Caritas
- Nationale Armutskonferenz
- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- weitere mit dem Thema Befasste





## Zitate auf dem Gewerkschaftstag in Bochum:



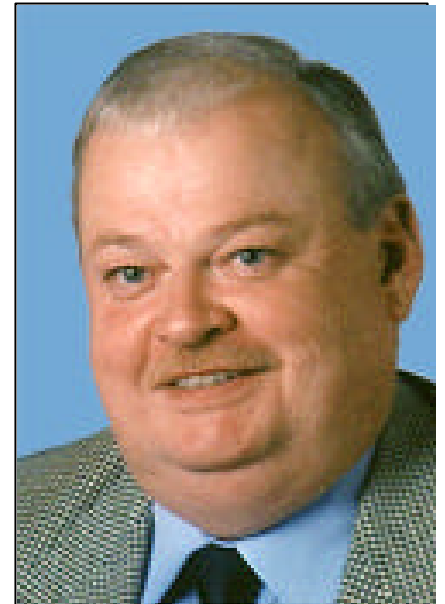
Andreas Meyer-Lauber  
GEW-Landesvorsitzender:

**„Bildung ist**



Karl-Heinz Mrosek  
Hauptschullehrer aus  
Gelsenkirchen:

**„Wir schaffen den Mehrwert**



Guntram Schneider  
Vorsitzender des DGB-  
Landesbezirks NRW:

**„Du hast mehr verdient“**

**Langsamer Heirat aus religiösen Gründen oder aus Familienrason!  
Gesetzlich für Frauen und junge Mädchen aus dem islamischen**

**Diskussion mit Serap Cileli  
(Autorin, Frauenrechtlerin, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes)**

**Ort: Buchhandlung Junius  
Sparkassenstraße 4, 45879 Gelsenkirchen**

**Termin: Donnerstag, 30.08.2007, 19.30 Uhr**

## Zucchini-Chutney

Mag der eine oder andere jetzt nach den Ferien mit dem Sommerwetter nicht ganz zufrieden gewesen sein, den Zucchini in unseren Gärten hat das Wetter gut getan. Wie wird man dieser Zucchini-Schwemme Herr? Man fertigt ein Zucchini-Chutney an, das man ähnlich wie Marmelade heiß in Gläser füllt und dann bis zum Frühjahr verwahren kann.

### Zutaten:

<b>1</b>	<b>kg</b>	<b>Zucchini würfeln</b>
500	g	gemischte Paprika in Streifen schneiden
500	g	rote und weiße Zwiebeln in Streifen schneiden
1	Lit.	Tomatenketchup
500	ml	Curryketchup
250	ml	Öl
2	Essl.	Worcestersauce
1	Essl.	Tabasco

### Zubereitung:

- Öl im Topf erhitzen und das Gemüse kurz andünsten.
- Tomatenketchup, Curryketchup, Worcestersauce und Tabasco dazugeben.
- 20 – 25 Min. kochen lassen, ab und zu umrühren.
- Heiß in Gläser füllen.

## Käse-Zwiebel-Brot

### Zutaten:

1 kg	Mehl
1 Würfel	Hefe <b>oder</b>
2 Tüten	Trockenhefe
500 ml	lauwarmes Wasser
2 Schnapsgläser	Essig
2 gehäufte Essl.	Zucker
3 Teel.	Salz
500 mg	grob geriebenen Gouda
1 Paket	geröstete Zwiebeln

### Zubereitung:

Hefe in lauwarmem Wasser auflösen. Essig und Zucker dazugeben und mit dem Mehl mischen. Käse, Zwiebeln und Salz daruntermengen und einen großen Kloß formen.

Diesen Kloß 1 ½ Std. gehen lassen. Nun noch einmal durchkneten und in Formen geben.

Achten Sie bitte darauf, die Backform jeweils nur halb zu füllen, da das Brot gewaltig aufgeht.

Nach dem Gehen die Brote längs einschneiden und im vorgeheizten Backofen zunächst 20 bis 25 Minuten bei 250° vorbacken. Danach noch 30 Minuten bei 150° zu Ende backen.

**Guten Appetit wünscht die Redaktion!**

[www.gelsenkirchener-geschichten.de](http://www.gelsenkirchener-geschichten.de)

Beim Surfen im Netz stieß ich auf die o.a. Homepage. Diese ist seit Ende 2006 installiert und hat einen wachsenden Leserkreis; für einen Gelsenkirchener Lehrer eine wahre Fundgrube, um sich politisch, geschichtlich und sozialwissenschaftlich sowie künstlerisch in Gelsenkirchen auf dem Laufenden zu halten. Beim Durchstöbern der Foren stieß ich plötzlich auf das Forum DIES UND DAS. Ein weiterer Klick auf Schulzeit und man bekam plötzlich den Schülerstreik am Schalker Gymnasium von 1969 wissenschaftlich dargestellt und analysiert, eine Lektüre, die fesselt.

Ich würde mich freuen, wenn ich mit Ihnen auf dieser Homepage kommunizieren könnte.

Kalle Mottek